
Protokoll

4. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 6. Dezember, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsidentin Elisabeth Tobler, SVP
Anwesend Stadtparlament:	29 Mitglieder
Entschuldigt:	Heller Felix, SP-Gewerkschaften-Juso
Anwesend Stadtrat:	Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Klöti Martin, FDP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 4/ 1. Mitteilungen
- 4/ 2. Botschaft „Verkauf Parzelle 3391 an Best Immo Invest AG, Bottighofen zum Betrag von Fr. 615'000.--“
- 4/ 3. Botschaft „Voranschlag 2012 der Stadt Arbon“
- 4/ 4. Botschaft „Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung -Tiefbauarbeiten im Jahr 2012 zum Betrag von Fr. 485'000.--(Anteil Stadt)“
Antrag Parlamentsbüro auf Bildung einer 5-er Kommission
- 4/ 5. Botschaft „Abfallreglement – Einführung einer Grundgebühr / Änderung von Art. 21 und 28“
Antrag Parlamentsbüro auf Bildung einer 5-er Kommission
- 4/ 6. Botschaft „Skatepark“
Antrag Parlamentsbüro auf Bildung einer 5-er Kommission
- 4/ 7. Fragerunde
- 4/ 8. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Elisabeth Tobler: Geschätzte Besucherinnen und Besucher, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Nun ist unsere schöne Weihnachtsausstellung wieder vorbei und wir befassen uns heute im gleichen Saal mit einer trockeneren, nicht unwichtigen Materie, dem Budget für 2012.

Heute möchte ich ihnen keine Institution vorstellen, um ihnen Arbon, unsere Stadt näher zu bringen, sondern an unsere traditionelle Weihnachtsausstellung anknüpfen, die ja auch schon zu einer Art Institution geworden ist.

In der gegenwärtigen, nicht einfachen Wirtschaftslage möchte ich ihnen vorschlagen, bei jedem Einkauf, bei jedem Auftrag, den sie vergeben, sich zu fragen, kann ich das auch hier in Arbon kaufen, kann ich unsere Gewerbebetriebe und Dienstleistungsunternehmen berücksichtigen? Wenn ja, kaufen sie hier in unserer Stadt ein, unterstützen sie diejenigen Geschäfte, die hier Steuern bezahlen, Arbeits- und Lehrstellen anbieten, erhalten oder neu schaffen.

An unserer Weihnachtsausstellung hat der Gewerbepräsident vorgerechnet, wenn nur schon alle 80 Aussteller für Fr. 500.-- bei den Andern einkaufen, ergibt das rund 3 Mio. Franken, die hier am Ort bleiben, das wiederum ergibt Steuern und hilft, Arbeitsplätze zu erhalten. Was erst, wenn alle Arbonerinnen und Arboner dies so halten, nur schon für die Weihnachtseinkäufe. Dies würde dann in Form von Steuerertrag direkt spürbar, eben schon für das Budget 2012. Und wir brauchen in den nächsten Jahren dieses Geld hier wirklich sehr dringend.

Aufschwung beginnt im Kopf, heisst es. Setzen sie dies in die Tat um, machen sie gleich morgen den ersten Schritt dazu.

Wie schon gesagt, schreiten wir nun aber zu einer trockeneren Materie, nämlich zu den Geschäften der 4. Parlamentssitzung der Legislatur 2011-2015 und ich möchte sie dazu alle nochmals herzlich willkommen heissen.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Riquet Heller wird später kommen, da er noch die vergessene Mappe zu Hause holen musste. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen.

Entschuldigt für die heutige Parlamentssitzung hat sich Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso.

Traktandenliste

Präsidentin Elisabeth Tobler: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten.

://: Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 15. November 2011

- Einladung mit Traktandenliste für 4. Parlamentssitzung vom 4. Dezember 2011
- Kommissionsbericht „Verkauf Parzelle 3391 an Best Immo Invest AG Bottighofen“
- Botschaft „Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung - Tiefbauarbeiten 2012“

- Beantwortung Motion „Zukünftige Wahlen Stadtrat und Stadtparlament Arbon am gleichen Wahlwochenende“ (*aufgrund der Vielzahl Geschäfte wird die Motion für die Januar-Sitzung traktandiert*)
- Projektübersicht der Stadt Arbon per 11. November 2011 / z.K.

Mit Versand 2 vom 22. November 2011

- Kommissionsbericht FGK, Voranschlag 2012
- Botschaft „Skatepark“
- Botschaft „Abfallreglement – Einführung einer Grundgebühr / Änderung von Art. 21 und 28“

Mit Sonderversand per Post am 28. September 2011

- Botschaft Voranschlag 2012

Per E-Mail am 13. September 2011

- Parlamentsprotokoll der 3. Sitzung vom 13. September 2011. Das Protokoll ist im Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist eine Interpellation betreffend „Auswirkungen der Ortszulage für das städtische Personal“ von Andrea Vonlanthen, SVP-Fraktion eingegangen und geht nun in Zirkulation.

Des Weiteren hat Regula Waldesbühl, Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso ihren Rücktritt aus dem Parlament per 1.1.2012 schriftlich mitgeteilt. Aus familiären Gründen, sie bekommt in ca. 2 Monaten ein Kind, beendet sie ihre sehr kurze Amtsdauer. Wir wünschen ihr und ihrer Familie alles Gute im neuen Lebensabschnitt.

Für die nächste Parlamentssitzung wird die Nachfolge durch das Parlamentsbüro abgeklärt.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Bevor ich nun Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilung aus der Einbürgerungskommission bitte, begrüsse ich Riquet Heller, der nun eingetroffen ist. Wir sind nun 29 Personen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Gerne informiere ich sie über den aktuellen Stand, und dass wir an den Sitzungen vom 20.09., 4.10., 1.11. und 29.11.2011 14 Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen ins Arboner Bürgerrecht aufgenommen haben, davon zwei Schweizer Gesuchsteller. Es sind dies:

- Dreno Dominik, 1994, kroatischer Staatsangehöriger
- Fernandez Victor, 1972, spanischer Staatsangehöriger
- Pias Vazquez Josefina, 1975, spanische Staatsangehörige
- Fernandez Pias Alejandro, 2001, spanischer Staatsangehöriger
- Fernandez Pias Rafael, 2009, spanischer Staatsangehöriger
- Iseini Mevlude, 1991, mazedonische Staatsangehörige
- Iseini Shukri, 1988, mazedonischer Staatsangehöriger
- Hozanovic Raisa, 1990, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Hozanovic Jasmin, 1962, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
- Wedemann-Hölters Barbara, 1953, deutsche Staatsangehörige
- Campailla Carmelo, 1959, italienischer Staatsangehöriger
- Campailla Manuela, 1967, italienische Staatsangehörige
- Süssli Christoph, 1968, Bürger von Wettingen AG
- Süssli Julia Aurelia, 2011, Bürgerin von Wettingen AG.

Das Gemeindebürgerrecht ist die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

Im Namen des Stadtparlamentes beglückwünschen wir diese Personen zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht. Wir wünschen ihnen ein lebhaftes Interesse und viel Freude an der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens und an der Entwicklung unserer Stadt.

2. Die Gesuche eines sudanesischen und eines türkischen Staatsangehörigen wurden zurückgestellt.

3. Gesuch zur Einbürgerung abgelehnt.

- Yoon Se-Whan, 1953, koreanischer Staatsangehöriger

Zur Behandlung anstehende Gesuche:

- Alija Miralem, 1980, kosovarischer Staatsangehöriger
- Bajra Alija Sabina, 1986, kosovarische Staatsangehörige
- Alija Dzenana, 2007, kosovarische Staatsangehörige
- Alija Refija, 2009, kosovarische Staatsangehörige
- Ocak Selime, 1990, türkische Staatsangehörige
- Todici Sanja, 1994, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Im Moment liegen 31 pendente Gesuche von 57 Personen vor. Behandlungsreif in der Einbürgerungskommission sind aber lediglich 5 Gesuche von 12 Personen. Hier liegt die Eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vor. Alle anderen Gesuche befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im Eidgenössischen Bewilligungsverfahren, oder sind vorerst zurückgestellt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Danke Andrea Vonlanthen für eure kompetente Arbeit und den ausführlichen Bericht.

Unter Mitteilungen haben wir ebenfalls zwei weitere Berichte aus den FGK-Subkommissionen.

Roman Buff, Präsident der Subkommission FGK: Ich berichte von der FGK-Subkommission Pro Senectute. Die Kommission bestand aus Roman Buff CVP/EVP, Präsidium, Werner Keller, FDP, Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso und Hanspeter Belloni, SVP. Ziel war, abzuklären, was von der Stadt Arbon im Rahmen der Leistungsvereinbarung Pro Senectute unterstützt wird und was sinnvoll ist. Es handelt sich um entsprechende Budgetposten.

Die Kommission traf sich zu zwei Sitzungen. In einer ersten Sitzung wurde ein Fragekatalog zuhanden des zuständigen Stadtrates Hans Ulrich Züllig und Hans Jürg Fenner, Leiter der Sozialhilfe erstellt, der kompetent beantwortet wurde. In einer zweiten Sitzung traf sich die Subkommission mit Stadtrat Hans Ulrich Züllig und Frau Ursula Dünner, Präsidentin Pro Senectute Thurgau. Der Abteilungsleiter, Hans-Jürg Fenner, war ferienhalber abwesend.

Pro Senectute leistet einen sehr grossen Beitrag zur Strategie der Stadt, die auf dem Grundsatz: „Hilfe zur Selbsthilfe“ basiert und die Tätigkeit von Pro Senectute ist für die Einwohner der Stadt sehr wertvoll. Es liegt eine klare Abgrenzung zur Spitex vor und beide Institutionen ergänzen sich gut in diversen Bereichen. Hervorzuheben ist, dass sich Pro Senectute vor Ort befindet und einen entsprechenden Standort in Arbon unterhält. Diese Aktivitäten haben ihren Preis. Die Zahlen sind hinterlegt und für die Subkommission nachvollziehbar. Die Subkommission kann bestätigen, dass alle Leistungen der Pro Senectute gemäss der Leistungsvereinbarung mit der Stadt Arbon erbracht und von dieser im Controlling geprüft werden und wir diese Leistungen als sinnvoll erachten.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Roman Buff, besten Dank für die geleistete Arbeit und den verfassten Bericht.

Nun übergebe ich das Wort für den 2. Bericht Kaspar Hug, dem Präsidenten der FGK Subkommission Aktienbauverein.

Kaspar Hug, Präsident der Subkommission FGK: Die FGK hat Elisabeth Tobler und mich beauftragt, mit der Stadt folgende Fragen zu klären:

*Wie ist die Stadt Arbon am Aktienbauverein beteiligt?
Wie wirkt sie mit bzw. nimmt Einfluss auf Entscheide?*

In einem sehr guten Gespräch mit Stadtammann Martin Klöti und dem Stadtrat Finanzen, Patrick Hug, bei denen ich mich an dieser Stelle für das Gespräch bedanken möchte, wurden die Fragen besprochen.

Der Aktienbauverein ist seit dem 30. Mai 1899 im Handelsregister eingetragen. Seit Sommer 2009 nennt er sich nun ABV Liegenschaften AG und ist im Grunde eine reine Immobiliengesellschaft. Gemäss den geltenden Statuten könnte die Gesellschaft auch Wohneigentum erstellen und oder verkaufen. Es ist sehr lobenswert, dass die Gesellschaft sich bis heute auf Mietliegenschaften beschränkt hat. Speziell darf erwähnt werden, dass bis zum heutigen Tag nur Investitionen in der Stadt Arbon vorgenommen worden sind. Dies ist nicht unerheblich, da das Engagement der Stadt schlussendlich mit Steuergeldern finanziert worden ist.

Das Aktienkapital setzt sich aus 4000 Namensaktien à Fr. 500.-- zusammen. Die Stadt, als zweitgrösster Aktionär, besitzt 1040 Aktien. Eine Aktie hat heute einen Steuerwert von Fr. 2'750.--. Heute sind 33 Aktionäre eingetragen plus 30 Aktien hält die Gesellschaft selber, somit also 34 Aktionäre.

Die ABV besitzt zurzeit 217 Wohnungen plus einige Büros (Liegenschaft Ochsen). Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass die meisten Wohnungen in einem günstigen bis sehr günstigen Mietsegment liegen. Auf Intervention der Stadt hat die ABV aber auch Wohnungen an der Werftstrasse in einem gehobenen Mietsegment erstellt. Es liegt im Interesse der Stadt, dass auf dem Platz Arbon auch solche Mietwohnungen angeboten werden. Zurzeit sind sehr viele Eigentumswohnungen auf dem Markt. Darum ist es besonders wichtig, dass auch gehobene Mietwohnungen in Arbon zur Verfügung stehen. Hier zeigt sich sehr gut, dass die Stadt Arbon ihren Einfluss geltend macht. Dieses Engagement liegt im Zielbereich der Stadtentwicklung.

Wir konnten feststellen, dass die Stadt sich innerhalb der ABV Liegenschaften AG stark engagiert und versucht, die gestreckten Ziele der Stadtentwicklung umzusetzen. Bisher ist dies zum Wohle der Stadt sehr gut gelungen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Kaspar Hug, besten Dank für den Bericht und das Verlesen.

2. Botschaft „Verkauf Parzelle 3391 an Best Immo Invest AG, Bottighofen zum Betrag von Fr. 615'000.--“

Präsidentin Elisabeth Tobler: Zu diesem Thema hat das Parlament an der Sitzung vom 13.9. 2011 eine Kommission gebildet mit Peter Gubser als deren Präsident. Ich übergebe das Wort Peter Gubser.

Peter Gubser, Kommissionspräsident: Sie haben den Kommissionsbericht erhalten. Er wurde von allen Kommissionsmitgliedern stillschweigend genehmigt. Ich habe keine weiteren Ausführungen dazu zu machen, bin aber gerne bereit, Auskunft zu erteilen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Die Diskussion ist eröffnet.

Inge Abegglen, SP-Gesellschaft-Juso: Das Geschäft des Landverkaufs der Parzelle 3391 wurde in der Kommission intensiv diskutiert und vorberaten. Dabei hat sich die Mehrheit der Kommissionsmitglieder für den Verkauf des Grundstückes an der Seestrasse, angrenzend an das Geschäftshaus der Firma Bressan, ausgesprochen.

Und trotzdem kam die Fraktion der SP, Juso und Gewerkschaften zum Schluss, dass es derzeit nicht angezeigt ist, diesen Boden zur Überbauung mit einem Wohnblock zu verkaufen.

Was sind unsere Gründe dafür:

Die Parzelle 3391 liegt zwischen dem Grundstück der Firma Bressan und dem Fussball- bzw. Spielplatz an der Seestrasse. Der Spielplatz wiederum grenzt nördlich an das Hotel Seegarten. Wenn nun, wie am 17. November 2011 publiziert, der neue Stadtteil am See, eine grosse Wohnüberbauung mit 180 Einheiten in neun Baukörpern entsteht, fallen sowohl die ganzen Parkplätze, aber auch der Pavillon mit Seminarräumen des Hotel Seegartens weg. Ohne adäquaten Ersatz wäre das jedoch das Ende des Hotels Seegarten. Sollten wir hier nicht in weiser Voraussicht dem Hotel Seegarten eine Option offen halten, indem wir ihm den Spiel- und Fussballplatz als Ersatz anbieten könnten.

Ich erlaube mir hier einen kurzen Verweis zum Hotel Metropol und den daraus gemachten Erfahrungen. Hier können wir beispielhaft miterleben, wie gering der Einfluss der Öffentlichkeit auf private Interessen ist.

Die Verlegung des Spielplatzes auf die Parzelle 3391 wäre ohne grosse Aufwendungen möglich, sofern man sie noch hat. Bei der enormen Bautätigkeit unterhalb der Romanshorne Strasse ist es offensichtlich, dass es an der Seestrasse einen öffentlichen Platz braucht.

Die Primarschulgemeinde macht sich ernsthafte Gedanken darüber, ob sie neben dem Doppelkindergarten Seestrasse ein weiteres Primarschulhaus bauen muss.

Dies zu den Faktoren, warum wir gegen den Bodenverkauf sind.

Es gibt aber auch noch weitere Gründe, die gegen einen Verkauf sprechen.

So meinen wir, dass im Baugewerbe weiterhin ein regelrechter Boom herrscht. Die öffentliche Hand aber sollte in schwierigen Zeiten Hand bieten, um die Wirtschaft anzukurbeln und nicht in Boomphasen in eine überhitzte Konjunktur hineinzuinvestieren. Dazu kommt, dass der Wohnungsmarkt in Arbon nicht ausgetrocknet ist, im Gegenteil man sich eher Sorgen machen muss, ob all der neu entstandene und noch entstehende Wohnraum wirklich genutzt werden kann.

Und es gibt noch einen Grund, der vor allem mir sehr am Herzen liegt:

Der Boden ist, wie Wasser und Luft, nicht vermehrbar. Das Grundgesetz spricht deshalb auch vom haushälterischen Umgang mit dem Boden. Wir müssen uns deshalb ernsthaft fragen, ob dieser Grundstücksverkauf wirklich unbedingt nötig ist, oder ob wir nichts Wichtigeres damit anzufangen wissen als dem Bau- und Immobiliengewerbe eine weitere Einnahmequelle zu sichern. Die Stadt kann jederzeit ihre Grundstücke für eine Überbauung zur Verfügung stellen, aber sie muss, meiner Meinung nach, sie im Baurecht abgeben.

Und zum Schluss noch ein letzter Gedanke, der im Zusammenhang mit der Parzelle 3391 steht:

Sie ist schon seit vielen Jahren an die Firma Bressan verpachtet. Ist der derzeitige Pachtzins wirklich richtig angesetzt? Ich bezweifle dies schwer. Meiner Meinung nach hätte die Stadt den Pachtzins schon längst an die gegebenen Verhältnisse anpassen können.

Kaspar Hug, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Die Finanzlage der Stadt aber auch der Umstand, dass die Stadt für diese Parzelle keine Verwendung hat, zwingt uns förmlich zu einem Verkauf. Wenn man schon ein sehr gutes Angebot erhält, sollte nicht gezögert werden. Ein Verkauf ist ein Gebot der Stunde.

Nach unserer Einschätzung sollte sich die Stadt auf dem Immobilienmarkt so bewegen, wie alle anderen Akteure, aber ohne die Spekulation anzukurbeln. Es muss doch in der heutigen Zeit möglich sein, dass die Stadt Grundstücke und Liegenschaften (z.B. Hamel) erwerben aber auch wieder abstossen kann. Nur so kann sie sich weiterentwickeln.

Darum nochmals: Wir sind einstimmig für Eintreten.

Claudia Zürcher FDP: Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich beim Präsidenten der vorberatenden Kommission, Peter Gubser, sowie bei Stadtammann Martin Klöti für die Vorarbeiten, welche von ihnen geleistet wurden, damit unsere parlamentarische Kommission alle nötigen Informationen für Ihre Arbeit erhielt.

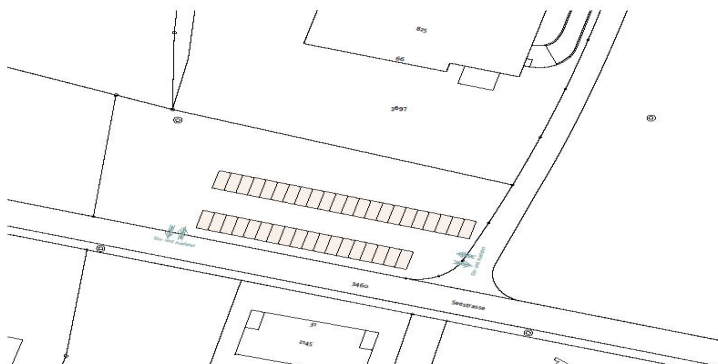
Wenn die Stadt einen Landverkauf tätigt geschieht dies nicht einfach so. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Stadt sich von Land trennt, welches aus strategischer Sicht nicht zwingend ist und wenn sie auch auf den Ertrag angewiesen ist. Andererseits kauft sie Land, welches sie aus erstgenanntem Grund benötigt. Dies ist so geschehen mit dem Kauf des Hamel-Gebäudes, dies geschieht nun mit dem Verkauf der Parzelle 3391. Ich denke wir sind einheitlich oder die meisten der Meinung, dass sich die Stadt möglichst wenig von Grundstücken trennen sollte. Müssten wir uns aber entscheiden zwischen Hamel und Parzelle 3391, wäre für die Meisten von uns der Entscheid klar. Was nun die strategische Ausrichtung anbelangt, so wurde im Vorfeld die Situation sowohl mit dem Hotel Seegarten abgeklärt als auch mit der Primarschule. Die einen wollen die Parzelle nicht und die Schule, wie an ihrer Orientierung bekannt gegeben, hat die Möglichkeit, ein grosses Stück direkt oberhalb des Kindergartens zu erwerben, was ihren zukünftigen Planungen entgegenkommt und im Frühjahr noch vom Volk abgesegnet werden muss.

Aus oben genannten Gründen stellt sich die FDP-Fraktion einstimmig hinter den Verkauf der Parzelle und ist für Eintreten.

Hanspeter Belloni, SVP: Die SVP Fraktion hat die Botschaft für den Verkauf der Parzelle 3391 eingehend diskutiert. Werner Bachofen war als Vertreter der SVP-Fraktion in der 5er-Kommission.

Die SVP ist einstimmig für das Eintreten auf dieses Geschäft und stellt in der Detailberatung den Antrag auf Zustimmung.

Stadtammann Martin Klöti: Ich möchte ganz kurz auf der Folie zeigen, wovon Inge Abegglen gesprochen hat, von der Parzelle, welche der Stadt gehört und welcher Grünraum ist.



Es ist diese Parzelle. Diese Parzelle spielt einen Spielraum, zugegebenermassen, zwischen dem Hotel Seegarten-Grundstück und dem Gegenüber der Schule. Wir haben vor über zwei Jahren die Gespräche begonnen mit dem Hotel Seegarten, weil bereits damals klar war, dass durch den Gestaltungsplan Seegarten diese Parkplätze, die zurzeit genutzt werden dürfen, hier entlang der Strasse, und auch der Pavillon, der ein Provisorium darstellt, dass diese entfallen werden. Wir sind sehr interessiert, dass der Betrieb des Hotels Seegarten aufrecht erhalten bleibt. Ich hatte zu Beginn den Vorschlag gemacht, in Anlehnung an das Prinzip der Kartause Ittingen, auf diesem jetzt zur Diskussion stehenden Grundstück Parkplätze anzuordnen. Wir wollten sogar überlegen, eine Wegverbindung zu schaffen, hinten direkt zum Hotel. Das wurde kategorisch und wird immer noch kategorisch abgelehnt von den Betreibern und der Eigentümerschaft. Wir waren alle immer an einem Tisch.

Für das Hotel Seegarten kommt diese Parzelle nie und nimmer in Frage für eine Erweiterung, bzw. für Parkplätze. Wir haben dann den Spielraum gezeigt, hier entlang der Grenze und wir würden dem Hotel Seegarten eine Näherbaurecht gewähren, wenn sie als Ersatz des Provisoriums Pavillon einen

Seminarraum bauen wollten, und möglicherweise noch einige weitere Hotelzimmer, dass sie dies genau auf die Grenze der Parzelle der Stadt machen könnten. Wir haben auch angeboten, dort gemäss diesem Plan (eine Skizze nur) Parkplätze zu erstellen.

Diese Gedanken sind von der Eigentümerschaft und vom Betreiber freibleibend entgegengenommen worden, ohne eine Zusage, ohne eine unglaubliche Begeisterung, um zu sagen: toll die Stadt bringt etwas für die Parkplätze. Im Gegenteil, es hiess, die Parkplätze sind noch immer zu weit entfernt vom Eingang des Hotels, aber näher kommen wir nun einmal nicht.

Die Möglichkeit besteht auf diesem Grundstück Parkplätze zu bauen und die Schulraumplanung der Primarschule wurde auch erwähnt. Die wird gegenüber, man sieht dies hier unten, eine neue Schulanlage erstellen und in dieser neuen Schulanlage ist geplant, einen neuen Freiraum einzubeziehen. Das ist Pflicht in einer Schulanlage, die mindestens so gross sein wird, wie das, was wir unten aufgeben werden durch die Parkplätze. Von daher alles im grünen Bereich. Ich bin froh, dass die entsprechenden Parteien in der Kommission so gestimmt haben und bin auch froh, dass es der Stadt möglich ist, strategische Käufe und Verkäufe zu leisten.

Damit sind wir fit für diesen Verkauf. Immerhin haben sie hier im Parlament vor genau einem Jahr einem Budget zugestimmt, welches eben auch Erträge aufweist, nicht nur Ausgaben. Dies ist ein solcher ausserordentlicher Ertrag, mit dem wir für dieses Jahr 2011 rechnen und ich bin froh, wenn wir mit dem Parlament auch rechnen dürfen, wenn wir zusammen arbeiten. Von daher ist dies keine Investition, im Gegenteil es ist ein Verkauf, wir investieren hier nicht, wir verkaufen eine Fläche, ein Viertel so gross als das, was wir beim Hamel damals erworben haben. Das waren die 7'766 qm, viermal soviel wie diese Parzelle und an einem strategisch ganz wichtigen Ort und hier strategisch nicht mehr wertvoll.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Damit haben wir das Eintreten beendet.

Materielle Beratung:

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich gehe absichtlich ans andere Rednerpult, weil ich nicht als Kommissionspräsident, sondern als SP-Parlamentarier spreche.

Wir haben vorhin von Martin Klöti gehört, was sich alles ändert in diesem Gebiet. Diese Überbauung, diese Überbauungsplanung der Firma Bressan, die Ideen, die die Schulgemeinde hat, die Änderungen, die allenfalls beim Hotel Seegarten eintreten. Es ist sehr viel im Umbruch.

Ein Zeit des Umbruchs in diesem Quartier denke ich, ist absolut der falsche Zeitpunkt, diese Parzelle, die jetzt noch der Stadt gehört, zu verkaufen. Wir haben dieses Bild an die Wand projiziert mit diesen Parkplätzen. Wenn diese Parkplätze kommen, geht der Fussballplatz drauf. Ich bin eindeutig der Meinung, dass wir hier in diesem Gebiet einen grosszügigen Spielplatz mit Fussballplatz brauchen. Wir brauchen keine Rutschbahnen oder irgendwelche teuren Einrichtungen sondern die Jugendlichen, oder jüngeren Jugendlichen, die wollen einen Fussballplatz. Ob das jetzt mit der Schulgemeinde dann klappt, das steht für mich in den Sternen.

Wenn soviel so unsicher ist, dann verkauft man keine Landparzelle, zumal nicht irgendein anderer, dringender Grund dafür spricht, zumal auch klar ist, dass wir dieses Pfand bei irgendwelchen Verhandlungen benützen können. Wenn wir dieses Pfand, oder diese Landparzelle irgendwann später sicher kaum zu keinem schlechteren Preis doch noch verkaufen könnten.

Claudia Zürcher, FDP: Ich möchte noch schnell auf Peter Gubser reagieren. Ich denke es gibt schon Argumente, wenn man sieht, was da alles läuft, für uns war aber auch eine Überlegung da. Wir haben in unmittelbarer Nähe ein Naherholungsgebiet, wir haben das Strandbad, wir haben den Wald, es ist sehr viel Grünfläche vorhanden. Es kann auch nicht immer sein, dass die Stadt für eine so grosse Überbauung, wie sie zum Beispiel die Firma Bressan baut, auch noch für die Spielplätze und den Parkplatz zuständig sein muss. Sie kann höchstens dafür sorgen, dass dies vom Bauherrn aus geschieht.

Ich habe einen Antrag, was den Verkauf der Parzelle betrifft. Wir sind auch der Meinung, dass sie nicht zu einem Spekulationsobjekt sich entwickeln sollte. Deshalb möchte ich gerne einen Zusatz zum

Verkauf der Parzelle.

Mein Antrag würde dahingehend lauten: Die Stadt fügt dem Verkaufsvertrag folgenden Optionen hinzu: „Sollte die Best Immo Invest AG innert der nächsten 5 Jahre die Parzelle 3391 nicht bebauen, hat die Stadt ein Rückkaufsrecht zum selben Preis ohne zusätzliche Zinsen. Zudem hat sie ein Vorkaufrecht zu gleichen Konditionen.“

Hanspeter Belloni, SVP: Ich habe mich zu Beginn bewusst kurz gehalten, darum erlauben sie mir jetzt, etwas ausführlicher zu werden.

Ist nun die „Katze aus dem Sack“? Ich wurde den Verdacht einfach nie ganz los.

Noch an der Parlamentssitzung vom 13. September 2011 war der Verkauf der Parzelle Nr. 3391 „unter ferner liefen“ als Traktandum Nr. 5 gesetzt. In der Botschaft hiess es als Begründung einfach, dass die Stadt Arbon für diese Landfläche keine Verwendung hätte. Ob das wohl die ganze Wahrheit war?

Dass man mit dem Verkauf der Parzelle versucht sein könnte die Rechnung 2011 zu beschönigen, damit der zuständige Stadtrat Patrick Hug wieder eine akzeptable Rechnung präsentieren kann, lag schon eher auf der Hand.

Entsprechend wurde eine 5er Kommission gebildet, die zum Schluss gekommen ist, dass man dem Antrag des Stadtrates zustimmen sollte. Allerdings das gerade mal in einem Verhältnis von 3:2 für den Verkauf.

Die SVP Fraktion stellt sich in diesem Zusammenhang ganz klar gegen den ersten Vorschlag der SP-Gewerkschaften-Juso, die Parzelle nur im Baurecht abzugeben.

Am 15. November wurden geladene Gäste von Grundeigentümer Alex Bressan über das Projekt „See-Terrassen-Park“ informiert.

Durch die mögliche Realisierung der neuen Überbauung würde das Hotel Seegarten den bestehenden Pavillon sowie die Parkplätze verlieren. Für den, in den letzten Jahren zum Seminarhotel gemauserten Seegarten könnte sich das als grosser Nachteil entpuppen. Wollen wir, dass noch ein weiteres Hotel in Arbon eingeht?

Stadtmann Martin Klöti selber bezeichnet die neue Überbauung „See-Terrassen-Park“ mit 180 neuen Wohneinheiten als einen neuen Stadtteil. Entsprechend ist die SVP-Fraktion überzeugt, dass dieser neuen Ausgangslage im Zusammenhang mit dem Verkauf der Parzelle 3391 Rechnung getragen werden sollte.

Der vorbehandelnden Kommission wurde dann aber der entsprechende Gestaltungsplan sowie die Protokolle der Verhandlungen mit den Herren Altherr, Besitzer des Hotels Seegarten, Bressan, Besitzer der Nachbarparzelle 3428 und Hasen, Pächter des Hotels Seegarten zur Verfügung gestellt. In Bezug auf eine mögliche Realisierung eines neuen Schulhauses wurden ebenfalls die Gespräche mit den Landbesitzern gesucht.

Keine dieser Verhandlungen weist darauf hin, dass die Stadt Arbon die zum Verkauf stehende Parzelle aus strategischen Überlegungen behalten sollte.

Die SVP-Fraktion unterstützt die Entwicklung von Arbon und ist sich sehr wohl bewusst, dass die Stadt für die kommenden Projekte auch entsprechendes Geld benötigt.

Deshalb stellt die SVP Fraktion aufgrund der neuen Ausgangslage folgenden Antrag:

- Dem Verkauf der Parzelle Nr. 3391 an Best Immo Invest AG, Bottighofen, zum Betrag von Fr. 615'000.-- ist gemäss Antrag der Kommission zuzustimmen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir haben den Antrag der SVP-Fraktion, wir haben den Antrag von Claudia Zürcher, FDP als Zusatzantrag zum Verkauf. Ich stimme zuerst über diesen Zusatzantrag ab, da der SVP-Antrag sich mit dem Kommissionsantrag deckt.

://: Der Antrag von Claudia Zürcher, FDP: Die Stadt fügt dem Verkaufsvertrag folgende Optionen hinzu: „Sollte die Best Immo Invest AG innert der nächsten 5 Jahre die Parzelle 3391 nicht bebauen, hat die Stadt ein Rückkaufsrecht zum selben Preis ohne zusätzliche Zinsen. Zudem hat sie ein Vorkaufrecht zu gleichen Konditionen.“ **wird mit 23 zu 2 Stimmen zugestimmt.**

Wir stellen nun den Antrag der Kommission zusammen mit dem SVP-Antrag zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Kommission, dem Stadtrat und der SVP mit dem Zusatz von Claudia Zürcher dem Verkauf der Parzelle Nr. 3391 an Best Immo Invest AG, Bottighofen zum Betrag von Fr. 615'000.-- zu verkaufen.

://: Dem Verkauf der Parzelle 3391 an die Best Immo Invest AG Bottighofen zum Betrag von Fr. 615'000.-- mit dem Anhang von Claudia Zürcher, FDP wird mit 20 zu 9 Stimmen zugestimmt.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich kenne den Betrieb da noch nicht. Im Kantonsrat ist es jeweils üblich, nach einer solchen Abstimmung über das Behördenreferendum abzustimmen. Wie geht das da in diesem Rat? Muss ich das beantragen, dass es dieses Behördenreferendum gibt oder passiert das schriftlich?

Präsidentin Elisabeth Tobler: Da muss ich nachschauen. Ich denke, das musst du beantragen, bin mir aber selber nicht ganz sicher. Gemäss Gemeindeordnung können 9 Stadtratsmitglieder das Behördenreferendum ergreifen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Das weiss ich, aber es steht nicht, wie man das ergreifen soll. Ich stelle den Antrag, dass dieses Landverkaufsgeschäft einer Volksabstimmung unterstellt wird.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir nehmen das zur Kenntnis. Sind es 9 Mitglieder, die das Behördenreferendum ergreifen wollen?

Es sind nicht neun Mitglieder, die sich gemeldet haben. Bitte um deine weitere Wortmeldung, damit ich die Frage beantworten kann.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Darf ich darum bitten, dass es für ein nächstes Mal geklärt wird, wie das abläuft mit diesem Behördenreferendum. Entweder gibt es eine Abstimmung oder man macht es schriftlich und es müsste auch klar sein, ob es beantragt werden muss oder das Präsidium automatisch diese Frage stellt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Das letzte Mal als wir das Behördenreferendum hatten, war es beim Seemoosriet, SBB Haltestelle, so wie ich mich erinnern mag und dort ist derjenige, der das Behördenreferendum ergreifen wollte, aufgestanden und hat das bekannt gegeben.

Silke Sutter Heer, FDP: Ich würde sehr gerne an unserer Praxis festhalten. Das Behördenreferendum kann selbstverständlich ergriffen werden, aber dass wir nicht jedes Mal noch darüber auch abstimmen, sondern wenn jemand dieses Referendum ergreifen will, bitte von sich aus aufsteht und das macht und nicht alle darüber turnusgemäss abstimmen müssen. Es kann sein, dass es Praxis ist im Kantonsrat, ich weiss das nicht. Bei uns ist es nicht Praxis und hat immer gut funktioniert.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Dann müsste Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso jetzt erklären, ob das Behördenreferendum ergriffen wird oder nicht.

Da sich keine neun Personen gemeldet haben, kommt das Referendum nicht zustande.

3. Botschaft Voranschlag 2012 der Stadt Arbon

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum speziell Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2012 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2012 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 327'900.-- sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2012 mit Nettoinvestitionen von 14'534'000.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie mit den daraus resultierenden Zahlen vor.

Dieser Bericht mit den Anträgen der FGK ist ihnen vorgängig zugestellt worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Wir kommen zum Eintreten. Die Diskussion zum Eintreten ist offen. Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Bernhard Bertelmann als Präsident der FGK.

Bernhard Bertelmann, Präsident FGK: Gerne präsentiere ich ihnen den Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon (FGK) zum Voranschlag 2012. Die FGK prüfte Voranschlag und Finanzplan während vier Sitzungen, stellte einen umfassenden Fragenkatalog zusammen, und traf sich am 8. November 2011 mit den Stadträten und den Bereichsleitern der fünf Ressorts, um offene Fragen zu diskutieren und um allgemeine Informationen aus den Ressorts zu erhalten. Das Ergebnis unserer Arbeit, der Bericht zum Voranschlag liegt ihnen schriftlich vor.

Dass angesichts der sehr hohen Nettoinvestitionen von 14,534 Mio. Franken und einer immer noch schwierigen Wirtschaftslage mit hohen Fallzahlen im Sozialbereich das Budget trotzdem noch einigermaßen ausgeglichen ist, hat folgende Gründe:

1. Mit der Einführung einer Abfallgrundgebühr werden die Einnahmen erhöht.
2. Verschiedene Projekte wurden etappiert und damit die Investitionen und Abschreibungen gesenkt.
3. Bei den Steuereinnahmen wird angesichts der regen Bautätigkeit in Arbon und auf Grund von aktuellen Zahlen von einem, besonders was die natürlichen Personen betrifft, stetigen Wachstum ausgegangen. Dass diese Zahlen realistisch sind, zeigen die Hochrechnungen von 2011, welche sowohl bei den juristischen wie auch bei den natürlichen Personen gute Ergebnisse erwarten lassen.
4. Der Stadtrat hat darauf verzichtet, neue Projekte aufzunehmen und sich auf Angefangenes und Notwendiges beschränkt.
5. Der Finanzausgleich beschert der Stadt Arbon zusätzliche Einnahmen. Aus dem Ressourcenausgleich ist ein Betrag von 1,9 Mio. Franken zu erwarten und weitere Fr. 700'000.-- als Ausgleichszahlungen bei den Sozialhilfekosten.

Auf der Ausgabenseite schlagen die bereits eingangs erwähnten Investitionen zu Buche. Die grossen Projekte „Neue Linienführung Kantonsstrasse“, „Mehrfachhalle“ oder „Erschliessung Stachen Süd“ erfordern in den nächsten Jahren grosse Investitionen und werden in den folgenden Jahren die Rechnung mit hohen Abschreibungen belasten. Die aktuelle Planung geht davon aus, dass in den nächsten Jahren Darlehen in der Höhe von 40 Mio. Franken aufgenommen werden müssen. Dies hat

auch Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad, der in den nächsten Jahren sehr tief bleiben wird.

Dass angesichts dieser grossen Investitionen vor allem die Abteilung Bau stark belastet wird, ist offensichtlich. Die FGK konnte erfreut feststellen, dass trotz zusätzlichen Anforderungen den Unterhaltsarbeiten bei den Gemeindestrassen, im Gegensatz zu früheren Jahren, grosse Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die FGK ist einstimmig der Meinung, dass die Stellenbegehren im Bereich Bau bewilligt werden sollen.

Belastet wird das Budget auch durch erhöhte Ausgaben im Bereich Gesundheit. Ich werde in der Detailberatung noch auf den Bereich Spitex eingehen.

In drei Bereichen wünscht sich die FGK eine Verbesserung:

1. Aus Sicht der FGK muss der Projektplanung und -kontrolle weiterhin eine sehr hohe Priorität gegeben werden. Die FGK erwartet daher vom Stadtrat, dass er die vor einem Jahr an den Stadtrat überwiesene Motion von Max Gimmel betreffend „Schaffung eines Projektinformations- und Überwachungssystems“ baldmöglichst bearbeitet und im Sinne des Motionärs umsetzt.

2. Schwierig ist es für die FGK, wenn bei einem wichtigen Budgetposten, wie zum Beispiel beim Abfallreglement, vom Stadtrat eine Botschaft angekündigt ist und diese Botschaft genau dann veröffentlicht wird, wenn die FGK ihre Beratungen abgeschlossen hat. In einem solchen Fall kann die FGK keine sinnvollen Empfehlungen abgeben.

Genau dasselbe gilt auch für die Botschaft Skatepark. An der Budgetsitzung im letzten Jahr hat der Stadtrat versprochen, eine Botschaft auszuarbeiten. Uns ist es nicht verständlich, warum der Stadtrat für die Botschaft ein ganzes Jahr gebraucht hat und diese erst mit dem 2. Versand dem Parlament zugestellt worden ist. Es handelt sich hier ja nicht um ein neues Projekt. Im Gegenteil wir haben diese Vorlage zum vierten Mal im Budget. Immerhin liegt nun die Botschaft vor und wir hoffen, dass das Geschäft jetzt speditiv und sorgfältig und auch definitiv bearbeitet werden kann.

3. Nicht nachvollziehen kann die FGK des Weiteren das Vorgehen des Stadtrats bei der Realisierung des Neubaus Friedhofgärtnerhaus. Der Stadtrat hat im Herbst mitgeteilt, aus Kostengründen vorerst nur das Werkgebäude zu erstellen und auf den Bau des Wohnhauses vorerst zu verzichten. Die Realisierung des Wohnhauses sei zudem ungewiss. Es sollen jedoch zwölf zusätzliche Parkplätze realisiert werden, die in der Vorlage nicht vorgesehen waren.

Die Bevölkerung hat sich an der Urne für ein Projekt mit Werktrakt und Wohnhaus ausgesprochen. Für die FGK ist es fraglich, ob der Stadtrat diesen Volksentscheid einfach übergehen darf. Die FGK hat deshalb dem Stadtrat beantragt, dass er sein Vorgehen überprüfen möge. Der Stadtrat hat dieses Anliegen abgewiesen.

Auf Grund der diversen zusätzlichen und wichtigen Informationen zu den Sachgeschäften, welche die FGK erst nach ihrer Beratung des Voranschlags erhalten hat, hat sich die FGK gestern nochmals zu einer ausserordentlichen Sitzung getroffen und wird bei den Budgetpositionen Skatepark, Abfallreglement und Friedhofgärtnerhaus je einen Antrag stellen.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen der FGK beim Stadtrat, den Abteilungsleitenden und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die insgesamt gute Arbeit bedanken. Die Stadtverwaltung bewegt sich in einem anspruchsvollen Umfeld. Die schwierige Wirtschaftslage, die vielen Projekte, aber auch neue Gesetze und Regelungen von Bund und Kanton verlangen Flexibilität und ständige Anpassungen. Die Ressortverantwortlichen und die Abteilungsleitenden konnten aufzeigen, dass die Verwaltung gewillt ist, ihre Strukturen im Hinblick auf grössere Effizienz immer wieder zu überprüfen und zu verbessern.

Abschliessend bedanke ich mich bei meinen Kommissionskolleginnen und –kollegen ganz herzlich für die effiziente und kollegiale Zusammenarbeit sowie die konstruktiven und interessanten Diskussionen.

Ein spezieller Dank geht auch an Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli, die uns auch heute Abend helfen, dass die Zahlen immer korrekt und aktuell sind.

Die FGK kam einstimmig zum Schluss, dass sie einer Beibehaltung des Steuerfusses von 76 Prozent zustimmen kann.

Max Gimmel, FDP: Seit den Sommerferien scheint das grösste Problem der Schweiz die Wahl eines Bundesrats zu sein. Eigentlich obliegt die Wahl des Bundesrates der Bundesversammlung, faktisch sind wir aber schon mitten in einer Volkswahl. Das wahre Problem der Schweiz ist aber nicht die Bundesratswahl, sondern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf dem internationalen Parkett. Mit dem Währungserfall von Dollar und Euro, der nicht erst im August begonnen hat, sondern bereits 2008, haben wir gegenüber unseren Hauptabnehmerländern über 20 Prozent Teuerung erfahren oder anders ausgedrückt, Wettbewerbsfähigkeit verloren, und dies notabene gegen unsere härtesten Konkurrenten im internationalen Geschäft. Das kann man nicht mit Preissenkungen und Lohnkürzungen allein kompensieren. Wir müssen zwangsläufig auch unsere Erwartungshaltung überdenken. Im Gemeinwesen können wir dies, indem wir nicht einfach alles der Gemeinde übertragen, und indem wir das Wünschbare vom Notwendigen klar trennen, um so, wenn es die Situation erfordert, am Wünschbaren sparen.

Vor diesem Hintergrund haben wir in der FDP-Fraktion das Budget 2012 im Grundsatz betrachtet. Dabei steht für uns im Vordergrund die Qualität eines Projektes, einmal in seiner Ausarbeitung, andererseits in seiner Notwendigkeit und Machbarkeit. Daraus haben sich die folgenden Hauptthemen kristallisiert, die es genau zu beurteilen gilt und auch von der FGK aufgegriffen worden sind:

Bei den Projekten sind es:

1. Das Friedhofgärtnerhaus: Das Projekt besteht nicht mehr in seiner ursprünglichen Form, wie es dem Volk vorgelegt wurde. Die vorberatende Kommission hat das dem Volk präsentierte Projekt unter anderen Voraussetzungen analysiert.
- Der Skatepark: Wir sprechen an jeder Budgetversammlung darüber, weil buchstäblich fünf vor zwölf nochmals eine Neufassung vorgelegt wird. Von den anfänglich Fr. 100'000.-- sind wir heute bereits bei über Fr. 300'000.--.

Dienstleistungen und Gebühren:

2. Die Abfallgebühren: Das Reglement ist in seiner Ausgestaltung noch weit entfernt von der Umsetzung. Trotzdem sind die Mehreinnahmen fester Bestandteil des Budgets.
3. Lohnkosten - automatischer Teuerungsausgleich und Lohnanpassung:
Im Voranschlag ist zwar keine präzise Angabe über die Lohnanpassung zu finden, es scheint aber, dass die volle Bandbreite ausgenutzt wird. Uns scheint aber die Möglichkeit gegeben, aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation moderat vorzugehen.

Innerhalb der FDP-Fraktion sind wir der Überzeugung, dass es in jedem Fall den wichtigen Entwicklungsprozess von Arbon nicht zu bremsen gilt. Wir dürfen diesen Prozess aber auch nicht unnötig belasten. Es müssen deshalb Zeichen gesetzt werden, die dies zum Ausdruck bringen. Dabei betonen wir, es geht nicht um den Steuerfuss allein, es geht um den Handlungsspielraum.

Bei Stadtrat und FGK möchten wir uns für die intensiven Vorleistungen bedanken, die wir als sehr gut beurteilen. Das Budget muss nicht in die Details zerplückt werden, es muss sich aber einer Beurteilung in Grundsatzfragen stellen. Damit sind wir bereit für die Beratungen.

Hanspeter Belloni, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Stadtrat und den Abteilungsleitern für das erstellte Budget und die Erläuterungen.

Speziell bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der FGK, und da spreche ich sicher auch im Namen der anderen „FGK-Frischlinge“, für die gute Aufnahme und Integration in die

Kommission und die aufschlussreiche „Einführung“ in die Tätigkeit der FKG, speziell in die Materie im Zusammenhang mit der Überprüfung eines Voranschlags.

Die SVP Fraktion kann grundsätzlich hinter dem Voranschlag 2012 stehen, auch wenn sie sich weitere Sparbemühungen gewünscht hätte.

In einzelnen Sachfragen werden wir aber einige kritische Anmerkungen machen, teilweise auch in der Detailberatung.

Gerne zitiere ich die Aussage von Konrad Brühwiler, ehemaliges FKG-Mitglied und heutiger Stadtrat anlässlich der Parlamentssitzung vom 7. Dezember 2010:

„Für uns (damit ist die damalige SVP-Fraktion gemeint) kommt der Voranschlag für das Jahr 2011 sehr schwer verdaulich daher.“

Entweder hat sich die Verdauung der SVP-Fraktion etwas gebessert oder vielleicht liegt es an der Tatsache, dass nun endlich wieder ein Vertreter der SVP im Stadtrat sitzt.

Vielleicht hat es aber auch einen Zusammenhang mit den Hauptzielen und der Ablehnung des Voranschlags 2010 der SVP-Fraktion zu tun.

Ich erinnere gerne an die damaligen Hauptziele der SVP Fraktion, welche wie folgt lauteten und die heute immer noch Gültigkeit haben:

- Den Stadtrat und die Stadt Arbon zu einem sparsameren Haushalten zwingen
- Keine baldigen, markanten Steuererhöhungen
- Mit einem seriösen Finanzplan die geplanten und sinnvollen Investitionen ermöglichen, um Arbon in eine erfolgreiche Zukunft zu führen

Wie mir scheint hat der Stadtrat nun endlich diese Ziele erkannt, auch wenn er sich im Detail teilweise noch sehr schwer damit tut. Er sagt zwar:

„Investitionen sollen nach Priorität und Finanzierbarkeit erfolgen, Notwendiges soll von Wünschbarem getrennt werden.“

Leider hapert es an der Umsetzung aber immer noch. Mühe bekundet der Stadtrat vor allem mit der Reihenfolge, siehe zum Beispiel das neue Parkplatzreglement, welches zurückgestellt wurde oder dem Vorgehen beim Skatepark.

Es ist doch völlig unsinnig, dass Positionen ins Budget aufgenommen werden, die noch von keiner Kommission behandelt wurden. Das Parlament wird so unter Zugzwang gestellt, was wiederum zu Unmut zwischen den Mitgliedern führt. Dieses Vorgehen ist höchst ungewohnt und problematisch.

Ob der Fehlbetrag wirklich tragbar ist, das steht heute noch in den Sternen geschrieben und nicht wie es nach der Meinung von Finanzchef Patrick Hug geht.

Tatsache ist, dass auf die Stadt Arbon und deren Bevölkerung grosse finanzielle Herausforderungen zukommen werden.

Zu erwähnen ist unter anderem die neue Pflegefinanzierung, die der Bund ganz einfach an die Kantone und diese weiter an die Gemeinden delegiert hat. Das neue KVG wird ab 2013 in Kraft treten und vieles ist noch undurchsichtig und neu.

Die Kostenentwicklung beim Ressort Soziale Wohlfahrt zeigt zwar eine gewisse Verbesserung auf, aber die Aussichten scheinen doch sehr problematisch zu sein.

Die Volksinitiative der SVP „Stopp dem Sozialhilfe-Missbrauch“ kann auf jeden Fall dazu beitragen, ungerechtfertigte Ausgaben zu bremsen und das Vertrauen in die Sozialpolitik zu stärken.

In diesem Zusammenhang sollte einem z.B. die durchschnittliche Dienstzeit in der Abteilung Soziales von gerade mal 4 Jahren zu denken geben.

Zum Vergleich:

- Abteilung Einwohner und Sicherheit, Finanzen (Finanzverwaltung) 9 Jahre
- Steueramt 12 Jahre
- Werkhof gar 14 Jahre

Friedhofgärtnerhaus mit Werkgebäude:

Schon vor dem Referendum zur Vorlage über das Friedhofgärtnerhaus war die SVP überzeugt, dass der Kredit bewusst unter eine Million Franken gedrückt wurde.

Mehr Anmerkungen dazu in der Detailberatung.

Abfallbeseitigung/Abfallgrundgebühr: Das Gleiche gilt auch für die Einführung einer Grundgebühr.

Für die SVP-Fraktion ist die Einführung einer Grundgebühr eine verkappte Steuererhöhung und kann nicht akzeptiert werden. Gemäss Botschaft beantragt der Stadtrat, dass das Parlament der Einführung einer Grundgebühr zustimmen soll. Mit der Bildung einer 5er Kommission ist die SVP-Fraktion einverstanden, aber nicht einfach für die Einführung einer Grundgebühr, sondern für eine grundsätzliche Abklärung über das weitere Vorgehen in Sachen Abfallkosten.

Die Bevölkerung ist empört über das Vorgehen des Stadtrates. Auch hier zeigt der Stadtrat alles andere als Weitsicht.

Mehr Anmerkungen dazu in der Detailberatung.

Personalaufwand:

Im Bericht schreibt der Stadtrat, dass einzelne Abteilungen der Stadtverwaltung häufig wechselnden Anforderungen ausgesetzt sind. Strukturelle Veränderungen oder neue Gesetzesvorschriften führen dazu, dass Abläufe geändert werden müssen oder neue Aufgaben zu erfüllen sind.

Und? Glaubt der Stadtrat, dass die Verwaltung diesbezüglich alleine ist? Wie sieht es in der Privatwirtschaft aus? Jeder der hier Anwesenden war bestimmt schon einmal mehr oder weniger davon betroffen, Sprechender eingeschlossen.

Ob deshalb wieder neue Stellen geschaffen werden müssen ist doch sehr fraglich. Es kann ja nicht sein, dass deshalb ständig mehr Personal eingestellt wird. Angesichts der finanziellen Situation wäre ein Personalstopp ernsthaft ins Auge zu fassen.

Abschliessend Investitionen / Verschuldung / Selbstfinanzierungsgrad:

Die sehr hohen Nettoinvestitionen von über 14 Mio. Franken (das sind 3x so viel wie in anderen Jahren) verlangen Flexibilität und Unterstützung vom Volk und vom Parlament, aber nicht um jeden Preis und vor allem nicht mit markanten Steuererhöhungen.

Tiefbleibende Zinsen aufgrund der Wirtschaftslage werden die Darlehen in der Höhe von ca. 40 Mio. Franken, welche in den nächsten Jahren aufzunehmen sind, verkraftbar machen – hoffen wir zumindest. Aber bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt und wer behauptet, dass er es besser weiss, hat noch nicht mitbekommen, was in der Welt abläuft.

Vorläufig werden wir uns weiterhin von einem hohen Selbstfinanzierungsgrad verabschieden müssen. Aber damit sind wir nicht allein und sollten aufhören, hinter etwas hinterher zu rennen, was nur in Zahlen ausgewiesen werden kann.

Die SVP ist einstimmig für das Eintreten des Voranschlags 2012.

Ich schliesse mein Referat mit einer persönlichen Lebensphilosophie, welche sich der Stadtrat ebenfalls auf die Fahne schreiben könnte, welche da heisst;

"Ich BIN, aber ich habe mich noch nicht, darum werde ich erst!" Also arbeiten wir daran.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich gebe mir Mühe, das Eintreten kurz zu machen. Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Das Vorgehen war immer gleich wie in den vorangegangenen Jahren: In total vier Sitzungen wurde das Budget zuerst beraten, dem Stadtrat ein Fragenkatalog vorgelegt und in einer Sitzung mit jedem einzelnen Stadtrat und dessen Abteilungsleiter das Ganze besprochen.

Der FGK-Bericht zeigt die Beurteilung der Kommission unter dessen Präsidenten Bernhard Bertelmann und braucht hier nicht wiederholt zu werden.

Unserer Ansicht nach ergeben sich drei Schwerpunkte, die heute zu reden geben werden: Die Budgetposten Abfallgrundgebühren und Skatepark. Leider lag bei beiden Budgetposten die Botschaft der FGK noch nicht vor, was uns sehr missfallen hat. Es entspricht nicht eben einer guten Organisation im Stadtrat, wenn die Reihenfolge immer so läuft. Trotzdem ist unsere Fraktion, und das soll jetzt schon gesagt sein, für die Annahme dieser Budgetposten. Das Parlament hat jetzt Gelegenheit, in diesen beiden Kommissionen Nägel mit Köpfen zu machen und diese zwei Geschäfte vertieft anzuschauen.

Der dritte Schwerpunkt betrifft den Budgetposten Neubau Friedhofsgärtnerhaus. Im FGK-Bericht ist diese Thematik ausführlich dargestellt und Bernhard Bertelmann hat vertieft darauf hingewiesen.

Und ein letztes macht unserer Fraktion Sorgen, was im FKG-Bericht ebenfalls erwähnt ist. Die Motion Gimmel betreffend „Schaffung eines Projektinformations- und Überwachungssystem für die Stadtentwicklung von Arbon“, die am 29. Juni 2010 eingereicht und vor einem Jahr, am 7. Dezember 2010 vom Parlament für erheblich erklärt wurde, steckt immer noch sozusagen in den Kinderschuhen. Wir fordern hier den Stadtrat dringlich auf, in diesem Bereich jetzt Tempo zu machen. Dies ist für die komplexen anstehenden Aufgaben und Umsetzungen von entscheidender Bedeutung. Dann kommen z.B. auch die Botschaften vor der Budgetdebatte ins Parlament.

Ansonsten ist es dem Stadtrat gelungen, ein Budget mit einem vertretbaren Defizit von gut Fr. 300'000.-- und bei Belassung des Steuerfusses bei 76% zu präsentieren, wofür unsere Fraktion dem Stadtrat dankt.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Im Namen der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung für das übersichtliche Budget und die damit verbundene Arbeit. Es ist erfreulich, dass das Defizit trotz laufender Grossprojekte und instabiler Wirtschaftslage noch überschaubar ist.

Wir sind uns aber auch bewusst, dass das Budgetdefizit von rund Fr. 330'00.-- nur dank verschiedener Zusatzeinnahmen, deren Realisierung zum Teil noch ungewiss ist, so tief gehalten werden konnte. So soll die Einnahmeseite allein durch die Einführung einer Abfallgrundgebühr um Fr. 385'000.--aufgestockt werden. Zudem wird davon ausgegangen, dass die Steuereinnahmen weiterhin wachsen, vor allem bei den natürlichen Personen. Es bleibt zu hoffen, dass die befürchtete Rezession diese Entwicklung nicht negativ beeinflusst.

Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso begrüsst die Personalpolitik der Stadtverwaltung und insbesondere die vorgeschlagene Stellenerhöhung im Bereich Bau. Auch die Entscheidung des Stadtrates, einzelne Projekte etwas zurückzustellen, zu etappieren und damit die Investitionsrechnung nicht noch mehr zu belasten, findet unsere volle Unterstützung.

Weniger erfreut hat uns das Timing des Stadtrates im Vorfeld dieser Budgetdebatte. Dass die Botschaft betreffend Skatepark, notabene einem Thema, das schon seit mehreren Jahren auf der Agenda ist, erst für diese Sitzung herausgegeben wurde, zeugt nicht gerade von gutem Zeitmanagement. Auch die Botschaft zur Abfallgebühr kam deutlich zu spät, als dass ein sauberer Entscheidungsprozess möglich wäre.

Die Neuverschuldung aufgrund der riesigen Nettoinvestitionen von über 14 Mio. Franken und das düstere Bild beim Selbstfinanzierungsgrad, das daraus resultiert, werden der Stadt mittelfristig keine andere Wahl lassen als die Steuern zu erhöhen. Trotzdem sollte aus unserer Sicht der Steuerfuss für das Jahr 2012 bei 76% belassen werden, dies vor allem wegen der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheiten.

Der Fehlbetrag in der laufenden Rechnung, der voraussichtlich höher ausfallen wird als prognostiziert und die schwindenden Eigenmittel aufgrund der hohen Nettoinvestitionen werden von uns bewusst in Kauf genommen, im Wissen, dass eine ausserordentliche Investition, wie die NLK, nicht so schnell wieder kommt und weitere Investitionsprojekte langsamer als geplant umgesetzt werden müssen.

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich danke ihnen im Namen des Stadtrates für die überwiegend positive Aufnahme des Budgets 2012. Der Stadtrat ist sehr befriedigt, ihnen im Budget ein respektables Ergebnis vorlegen zu können: Das Defizit von Fr. 327'900.-- liegt, gemessen am Umsatz von über 43 Mio. Franken, klar unter einem Prozent. Dass der Stadtrat mit seinen Sparbemühungen wohl ein optimales Resultat erzielt hat, zeigt sich auch im Umstand, dass die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission erstmals keine konkreten Kürzungsvorschläge macht, weder in der Laufenden Rechnung noch in der Investitionsrechnung. Das geringe Defizit ist umso höher zu gewichten angesichts der Tatsache, dass die Nettoinvestitionen im nächsten Jahr bei über 14 Mio. Franken liegen und damit mehr als dreimal so hoch sind wie der Höchstbetrag in den letzten 10 Jahren.

Auch die Hochrechnung der laufenden Rechnung 2011 zeigt ein erfreuliches Bild. Bei einem ursprünglich veranschlagten Fehlbetrag von Fr. 880'000.-- liegt das Defizit im Moment bei rund Fr. 500'000.--, Tendenz sinkend. In diesem Betrag ist der Verkauf der Parzelle an der Seestrasse noch nicht eingerechnet. Es soll hier also nichts geschönt werden, Hanspeter Belloni. Wesentlichen Anteil an dieser positiven Entwicklung haben die Steuereinnahmen, das wurde unisono von allen Fraktionen erwähnt. Den Minderertrag bei den natürlichen Personen von rund Fr. 400'000.-- durch die letzte kantonale Steuergesetzrevision per 1. Januar 2011 haben wir im Budget 2011 optimistischerweise nicht berücksichtigt, und wir werden diesen Betrag wettmachen können. Erfreulicherweise sehr gut entwickeln sich auch die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, wo wir mit rund Fr. 400 000.-- über Budget liegen. Hier ist allerdings die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2009, als Folge der Finanzkrise, mit einem Rückgang von über 2 Mio. Franken förmlich weggebrochen sind. Die Erholung findet also auf relativ tiefem Niveau statt. Die Abhängigkeit des städtischen Haushalts von den Steuereinnahmen der juristischen Personen hat sich entsprechend reduziert, beträgt doch deren Anteil an den Gemeindesteuern nur noch rund 13 Prozent. Ferner liegen auch die Ausgaben bei der öffentlichen Sozialhilfe deutlich unter Budget.

Auch die Budgetdefizite im Finanzplan 2013–2015 konnten deutlich reduziert werden, trotz anhaltend hoher Investitionsbeträge in den nächsten Jahren. Die grosse Frage lautet nun aber, dies wurde auch von allen Fraktionssprechern angesprochen, wie wird sich die Wirtschaft weiter entwickeln?

Der Stadtrat hat am vergangenen Freitag im Rahmen eines weiteren Wirtschaftsgipfels ein zweistündiges Gespräch mit führenden Industrie- und Gewerbevertretern von Arbon geführt. Dabei wurde im Kernpunkt darauf hingewiesen, dass die Untergrenze zum Euro bei Fr. 1.20 zu tief sei und die Nationalbank diese raschmöglichst auf Fr. 1.30 anheben sollte. Max Gimmel hat es in seinem Votum angetönt. Die örtliche Industrie beurteilt die weitere wirtschaftliche Entwicklung verhalten optimistisch, das Baugewerbe bewegt sich immer noch auf Rekordniveau und auch das Gewerbe ist gut ausgelastet. Einen empfindlichen Rückgang, ja einen eigentlichen Einbruch, verspürt als Folge des tiefen Euro- und des hohen Franken-Kurses dagegen der Detailhandel. Dies als bitteres Fazit des Wirtschaftsgipfels vom vergangenen Freitag. Der Stadtrat ist, was die weitere wirtschaftliche Entwicklung anbelangt, im Einklang mit den führenden Arboner Industrieunternehmen ebenfalls verhalten optimistisch. Entsprechend, Lukas Graf, sind auch die Zahlen auf der Einnahmenseite im Budget 2012 und im Finanzplan 2013–2015 zu werten.

Zum Abfallreglement, zum Friedhofgärtnerhaus und zum Skatepark wird der Stadtrat in der Detailberatung Stellung nehmen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Entschuldigen sie Herr Stadtrat Hug, dass ich nach ihnen das Wort ergreife, aber wir hätten von der SVP-Fraktion im Rahmen des Eintretens schon noch eine Auskunft zu den Löhnen und zur Besoldungsentwicklung erwartet.

Im Besoldungs- und Personalreglement heisst es: Der Stadtrat legt jährlich im Rahmen des Voranschlags fest, welcher prozentuale Anteil an der Gesamtlohnsumme eingesetzt wird für generelle Lohnerhöhungen und leistungsbezogene individuelle Lohnanpassungen. Im Blick auf die kommende Beratungen scheint es uns doch nicht ganz unwichtig, dass sie uns sagen, was sie dazu beschlossen haben. Wie hoch wird die generelle Lohnanpassung sein und wie hoch werden die leistungsbezogenen individuellen Lohnanpassungen sein?

Vizestadtammann Patrick Hug: Besten Dank, Andrea Vonlanthen für diese Frage. Ich werde diese sehr gerne beantworten. Wir werden eine individuelle Besoldungsanpassung vornehmen, wie sie im Personal- und Besoldungsreglement vorgesehen ist, von 0,8 Prozent. Dazu kommt eine Realloohnerhöhung von 0,5 Prozent. Eine Teuerung entrichten wir keine, weil wir keine haben. Hier ist der Index jeweils per 30. November massgebend. Wir haben ja im Moment eine Negativ-Teuerung, dies meine Auskünfte.

Andrea Vonlanthen, SVP: Herr Stadtrat Hug hat gesagt, wir haben keine Teuerung. Im Art. 41 Abs.3 des Personalreglements heisst es: „Für individuelle Lohnanpassungen stehen jährlich mindestens 0,8 Prozent der Gesamtlohnsumme zur Verfügung, wenn es die finanzielle Situation der Stadt erlaubt.“ Es gibt eine Voraussetzung, die erfüllt sein muss um diese 0,8 Prozent zu gewähren und das ist die finanzielle Situation der Stadt. Wir von der SVP-Fraktion meinen, die finanzielle Situation der Stadt würde es nicht erlauben, diese 0,8 Prozent zu gewähren und wir haben leicht den Eindruck, dass hier das Personal- und Besoldungsreglement verletzt werden könnte.

Vizestadtammann Patrick Hug: Das sieht der Stadtrat absolut nicht so und hat einstimmig das beschlossen, was ich vorher kommuniziert habe. Ob das finanziell tragbar ist? Ich habe versucht zu erklären, dass der Abschluss 2011 doch wesentlich besser ausfallen wird als ursprünglich budgetiert. Im Moment rechnen wir mit einem Defizit von Fr. 500'000.--, Tendenz sinkend, das habe ich erwähnt. Und wenn man den Verkaufserlös, den Betrag den wir in der Bilanz haben, Verkauf Seestrasse, abzieht, wären das Fr. 350'000.--, die wir hier generieren werden. Ich überlasse ihnen das Kopfrechnen Andrea Vonlanthen.

Wir denken, dass wir den Jahresabschluss 2011 doch mit einem respektablen Ergebnis abschliessen können. Wie es jetzt im Budget 2012 aussehen wird, das habe ich ihnen mitgeteilt, das haben wir mit einer Botschaft der FGK unterbreitet. Die FGK hat ihre Vorschläge dem Stadtrat unterbreitet und hier sind wir ein grosses Stück auch auf die Unterstützung des Parlaments angewiesen, wie sehr es die Finanzpolitik des Stadtrats unterstützt. Aber auch wenn sie möglicherweise die Abfallgrundgebühr anpeilen, die aus dem Budget gekippt werden sollte, meine ich, wird uns das nicht gerade umbringen.

Ich habe mich noch erkundigt vor dieser Sitzung bei unserem Steueramt. Es sind glücklicherweise im Moment keine Anzeichen da, die darauf hinweisen, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen und auch bei den juristischen Personen rückläufig werden könnten. Im Übrigen bin ich kein Konjunkturperte und auch kein Kaffeesatzleser. Aber ich meine, die Lohnerhöhung, die der Stadtrat einstimmig gewährt hat, hinter dieser stehen wir voll und ganz.

Stadtammann Martin Klöti: Zur Ergänzung um es transparent zu machen, der Stadtrat hat jeweils die ganzen Aufstellungen in den vergangenen Jahren, wir sehen wann wir einen Teuerungsausgleich gewähren mussten. Wir sehen, wann wir eine generelle Lohnerhöhung vollzogen haben und wie wir mit den Individuellen verfahren sind. Wir haben in den vergangenen Jahren einige Male keine generellen Lohnerhöhungen gegeben. Wir haben auch schon die Individuelle halbiert, wir haben aber immer deutlich über 1,5 bis 2 Prozent Lohnerhöhung gehabt. Wir haben jetzt im Budget erst die 1,7 Prozent gehabt und weil kein Teuerungsausgleich ausgerichtet werden muss, sind wir bei 1,3 Prozent, mit 0,5 generell und 0,8 individuell. Der Stadtrat hat ausführlich diskutiert gestern und wir sind zu diesem Schluss gekommen. Natürlich hat das immer eine Signalwirkung, entweder nach

aussen oder nach innen. Die Signalwirkung nach innen, gegenüber dem Personalbestand war uns wichtig, dass wir sagen, die generelle mit 0,5 Prozent und die im Reglement festgelegte mit 0,8 Prozent, die soll so sein. Es ist eine Haltungsfrage.

Max Gimmel, FDP: Ich bin mir nicht sicher, ob ich jetzt am richtigen Punkt argumentiere, aber wenn wir über die Löhne reden, möchte ich das doch aufnehmen, weil das auch mir ein Anliegen ist. Die aktuelle Situation auf dem Platz Arbon ist meines Erachtens so, dass ein beträchtlicher Teil der Firmen eine Lohnnullrunde vorsieht, teilweise verbunden mit einer befristet verlängerten Arbeitszeit. Lohnanpassungen über 1 Prozent sind die Seltenheit. Auch da ist zu berücksichtigen, dass mittlerweile auch die meisten Betriebe individuelle Lohnanpassungen vornehmen. Glauben sie mir, auch bei diesen Firmen wird hart gearbeitet, nicht nur in der Gemeindeverwaltung, deren Arbeit ich übrigens sehr schätze. Ich appelliere an das Augenmass und an die Zeichen der Zeit. Man kann es berücksichtigen oder begründen wie man will, es wäre möglich, hier moderater vorzugehen. Die Einsparung ist vielleicht 50 bis 70 Tausend Franken wenn man das um 0,5 Prozent reduzieren würde. Es ist kein Betrag, der die Rechnung komplett anders gestaltet, aber es wäre ein Zeichen, dass man in der jetzigen Situation, wo man sich bewusst ist, dass alle relativ viel und hart arbeiten müssen eine Gleichstellung hat mit den übrigen Betrieben.

Bernhard Bertelmann, FGK: Ich hätte noch die Erwartung, dass sich der Stadtrat zur Projektplanung, zur Motion Max Gimmel, äussern würde. Wir sind in der FGK, das sind neun Personen aus vier verschiedenen Parteien, alle einstimmig der Meinung, dass diese Motion nicht erfüllt ist. Sie haben auch gehört, dass verschiedene Fraktionen dieser Meinung sind.

Wann gedenkt der Stadtrat, diese Motion zu bearbeiten und zu beantworten und die entsprechenden Instrumente einzuführen?

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wer möchte diese Frage beantworten?

Stadtmann Martin Klöti: Es ist mir ein Vergnügen zu antworten. Wir haben die Motion, wie wir sie verstanden haben, vollkommen erfüllt. Sie haben eine Projektübersicht auf dem Internet. Sie bekommen alle halben Jahre diese Projektübersicht, steht ganz genau, welches Projekt in welchem Stand sich befindet. Sie haben eine Finanzplanung, sie haben unsere internen Controllingberichte. Wir haben eine Controllingstelle, Projektkontrolle etabliert bei uns in der Kanzlei. Wir machen ein aktives Projektcontrolling, aber es ist ein Instrument der Exekutive und was an die Legislative und die Öffentlichkeit kann, haben wir mit diesem Instrument der Übersicht geschaffen, und ich habe die Details bereits auch einmal präsentiert in einem Fraktionsgipfel. Aber wir müssen einfach darauf hinweisen, nicht alle Zahlen sind bereits für die Öffentlichkeit bereit. Es ist der Exekutive vorbehalten, diese Zahlen auch anzupassen, das ist unsere Politik, die wir machen. Daher kann ich nur sagen, wir haben unsere Controllinginstrumente und mehr gibt es zu dieser Motion aus unserer Sicht nicht umzusetzen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Nachdem sich Andrea Vonlanthen und Max Gimmel sehr kritisch geäußert haben zu den Entscheiden des Stadtrates bezüglich der Löhne, möchte ich dem Stadtrat danken, dass er eben nicht eine Nullrunde gemacht hat, sondern dass er verglichen hat über eine längere Zeit hinweg. Dass er gesehen hat, dass die öffentlichen Angestellten eher im Rückstand sind. Und jedes Mal wenn wieder eine grosse Übersicht präsentiert wird von den Löhnen bei der öffentlichen Hand und bei der Privatindustrie, was sieht man dann: In der Privatindustrie ist der Zug abgefahren und in der öffentlichen Hand hat man die niedrigen Löhne. Vor allem im Handwerksbereich ist das immer feststellbar. Ich finde, auch in etwas schwierigeren Zeiten ist es nötig, richtig und sinnvoll, wenn der Stadtrat die Möglichkeit hat, durch individuelle Löhnerhöhungen auch entsprechend gute Leistungen zu honorieren.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Damit ist die Eintretensdebatte geschlossen. Wir kommen nun zur Detailberatung der Laufenden Rechnung.

Detailberatung:

Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.

2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.

3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.

4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

5.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück, wird er hinfällig und wir müssen darüber nicht abstimmen.

Eine zusätzliche Anmerkung:

Im Budget sind auch drei Positionen vorhanden, zu denen der Stadtrat Botschaften ausgearbeitet hat. Unabhängig vom Budget müssen dazu Kommissionen gebildet und an einer nächsten Sitzung darüber befunden und entschieden werden.

Laufende Rechnung

Präsidentin Elisabeth Tobler:

Ich werde ihnen die funktionalen Hauptbereiche und die dazugehörenden Gruppen, die fettgedruckt sind, lesen und dann eine Pause machen, um zu sehen, wer etwas sagen will. Bei Wortmeldungen bitte ich sie, immer auch die Kontonummer zu nennen.

Die Detailberatung ist eröffnet.

10 Allgemeine Verwaltung

Andrea Vonlanthen, SVP: 1012.3180 Dienstleistungen Dritter: Ich stelle hier einen Pauschalantrag zu den 27 Konten, die Dienstleistungen Dritter, die wir im ganzen Voranschlag haben. Über den ganzen Voranschlag verteilen sich 27 Konten unter diesem Titel „Dienstleistungen Dritter“. Ich beantrage ihnen, diese Positionen, die gesamthaft eine Summe von Fr. 195'400.-- ausmachen, jeweils um 20% zu kürzen. Das sind knapp Fr. 40'000.--, nämlich Fr. 39'080.--.

Wenn wir diese Kürzung vornehmen, sind wir immer noch in 22 von 27 über dem Rechnungsbetrag von 2010. Wir sehen, wir machen eine sehr kleine Einsparung, aber wir machen doch eine Einsparung. Dienstleistungen Dritter sind so Reserveposten für Dienstleistungen, die man grosszügig oder auch weniger grosszügig bestellen kann. Wir haben es ausreichend gehört vorhin, die Finanzlage ist angespannt, die SP spricht von einer baldigen Steuererhöhung und da meinten wir, sei ein bisschen sparen doch angesagt.

Die Kürzung macht diese Dienstleistungen nicht unmöglich, aber sie spornt doch zu einer sparsameren Praxis an. Wir haben es heute auch im Grossen Rat erlebt, was sparen heisst. Der Grosse Rat hat auf Antrag der FGK pauschal beim Personal und bei Sachaufwänden 7 Mio. Franken gespart obwohl der Kanton 300 Mio. Franken auf der hohen Kante hat. Ich denke, da wäre es auch angezeigt, bei uns ein kleines Zeichen des Sparwillens zu zeigen.

Mein Antrag lautet: Die Positionen Dritter, es sind 27 im ganzen Voranschlag, jeweils um 20 Prozent zu kürzen und so Fr. 39'080.-- einzusparen. Ich danke ihnen für die Unterstützung.

Stadtammann Martin Klöti: Im ersten Augenblick scheint dieser Ansatz interessant. Wenn man aber genau hinschaut, dann sieht man in diesen 80er Positionen häufiger auch Versicherungskonten. Wir können aber nicht plötzlich die Versicherungsleistungen kürzen, weil wir Verträge haben. Es ist unsinnig, in dem Falle diese ganzen 27 Positionen um 20 Prozent zu kürzen. Ich würde lieber dafür halten, wenn sie eine solche Position sehen, und wir können deklarieren es handelt sich nicht um Versicherungsprämien oder Dinge, die festgelegt sind, dann könnten wir über eine solche moderate Kürzung sprechen. Ich kann ihnen nicht versprechen, dass wir das bei allen 27 Positionen machen können, aber es wäre jedenfalls sinnvoll.

Wir sind schon bereit über diese Positionen zu sprechen, nur gibt es gelegentlich Umstände, wo man das eben nicht kann.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich möchte ihnen den umgekehrten Weg vorschlagen, dass wir diese pauschale Kürzung beschliessen, und dass sie im Einzelfall, wenn es wirklich um eine Versicherungsleistung geht, sagen, hier ist die Kürzung völlig undenkbar, es geht um eine Versicherung, sonst muss ich ihnen 27 Anträge stellen und das wäre doch eine kleinere Belästigung. Vorschlag: Stimmen sie der pauschalen Kürzung zu und der Stadtrat sagt uns dann im Einzelfall, wo allenfalls eine Kürzung völlig undenkbar wäre.

Silke Sutter-Heer, FDP: Ich muss leider vorgreifen, bitte gehen sie auf Position 1113.3180 Kontrolle Aussenanlagen durch Dritte. Meines Erachtens ist das dieser Securitasdienst, bitte korrigiere mich der Stadtrat sofort, falls das nicht stimmt. 20 Prozent, Fr. 18'000.--, das heisst es käme hier zu einer massiven Einschränkung genau in dieser Position und zwar in einer Position, wo wir uns immer dafür ausgesprochen haben, dass eben diese Dienstleistung insbesondere vorgenommen wird. Das sind schon Fr. 18'000.-- von den Fr. 40'000.--, wenn man sich das überlegt. Deshalb ist der Antrag von Martin Klöti, wenn schon kürzen im Detail schauen, was ist wirklich in den Positionen enthalten, tatsächlich vernunftgesteuert. Das andere ist einfach riskant. Es hat im übrigen eine Position, die Fr. 100.-- ausmacht, da müssen wir nicht auf Fr. 80.-- reduzieren, das macht einfach keinen Sinn. So pauschale Kürzungen haben wirklich das Risiko in sich, dass wir Sachen streichen, die wir gar nicht wollen. Wenn schon die Hälfte dieser Positionen durch eine einzelne Position, hinter der wir immer gestanden sind, reduziert wird, macht mir das schon etwas Kopfschmerzen.

Riquet Heller, FDP: Bei dieser Kürzung der Dienstleistung Dritter, 20 Prozent, verkneife ich mir nicht eine Replik zur ausführlichen Werbung durch Kollege Belloni für die Initiative „Stopp dem Sozialhilfemissbrauch“. Diese Initiative will im Gegensatz zum Gegenvorschlag, nämlich für eine ehrliche Sozialhilfe, ausdrücklich das Engagement Dritter externe Fachpersonen und genau in dieser Position wollen sie jetzt eine Kürzung von 20 Prozent haben. Ich verweise hier, ein bisschen aus Publizitätsgründen, ausdrücklich darauf, dass der Gegenvorschlag davon absieht, externe Fachpersonen einstellen zu müssen und diese Drittleistungen demzufolge nicht aufgestockt werden müssen. Es ist uneinheitlich, was die SVP verlangt, 20 Prozent hier kürzen, dabei drückt sie auf einen Vorschlag, wo genau da im Sozialdienst externe Fachleute verlangt werden. Ich bitte sie demzufolge, dem Antrag nicht zuzustimmen und den Einzelvotanten, den Einzelanträgen allenfalls ihr Okay zu geben.

Andrea Vonlanthen, SVP: Muss leider kurz replizieren. Silke Sutter Heer, die Position, die du erwähnst, ist ausdrücklich nicht auf der Liste, die ich der Frau Präsidentin gegeben habe. Uns ist die Sicherheit auch sehr wichtig. Diese Position ist ausdrücklich nicht enthalten. Und Riquet Heller, du bringst mich schon leicht zum schmunzeln. Du tust, als wären die Sozialhilfedetektive schon bewilligt und schon im Budget. Uns wäre das recht, aber die werden ja erst am 10. März bewilligt, denke ich.

Silke Sutter-Heer, FDP: Verzeihen sie wenn ich noch einmal aufstehe, da haut es mir tatsächlich den Schlamdeckel weg. Da wird über eine Position diskutiert und in der ersten Ausführung wird eine Position, die Fr 90'000.-- ausmacht, nicht einmal erwähnt, dass die nicht gemeint ist. Ums Himmelswillen, woher sollen wir es denn wissen, lieber Andrea Vonlanthen. Wenn schon solche Pauschalanträge, bitte detailliert, wenn sie schon nicht pauschal sind und irgendwelche Ausnahmen enthalten, die kein Mensch hier drinnen kennen kann. Ich bitte schon, das wir etwas exakter arbeiten in diesem Gremium.

Parlamentspräsidentin Elisabeth Tobler: Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, Kürzung der Positionen „Dienstleistungen Dritter“ um jeweils 20 Prozent. Habe ich das richtig so verstanden? Dann sind hier die Positionen einzeln aufgeführt. Soll ich ihnen diese Positionen einzeln runterlesen damit sie Notizen machen können? Es ist einfach total Fr. 194'400.--, 20 Prozent davon Fr. 39'080.--, das sind 27 Positionen.

://: Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, Kürzung der Positionen „Dienstleistungen Dritter“ um jeweils 20 Prozent wird mehrheitlich abgelehnt.

Dann fahren wir fort in der Beratung. Das wäre 1012 Exekutive gewesen, wir kommen zu 1013 Stadtparlament.

Tabea Brühwiler, SVP: 1029.3010: Besoldungen: Seit dem 1. Oktober ist Jürg Manser der neue Leiter des Werkhofs der Stadt Arbon. Sicher noch zu früh, um schon über Erkenntnisse und mögliche oder nötige Änderungen rund um den Werkhof zu berichten. Zur Neubesetzung durch Jürg Manser kommt gemäss Kommentar auf Seite 9 des Textteils noch eine Erhöhung von 80 Stellenprozent dazu. Laut Stadtrat notwendig wegen der ständig zunehmenden Anforderungen an den Werkhof, insbesondere Pflege der Anlagen, Strassenreinigung etc. Zugegeben, das Littering und die Verunreinigung der Strassen und Anlagen und die daraus resultierenden Aufgaben sind ein Problem und werden uns bei der Position 1720, Abfallbeseitigung noch eingehender beschäftigen. Zahlreiche Einwohner der Stadt Arbon sehen und schätzen die Bemühungen um saubere Anlagen, Strassen und Plätze, aber sie reklamieren auch über eine Ineffizienz der Werkhofangestellten, die oft zu zweit auf Kübeltour unterwegs sind.

Etliche Monate war der Werkhof ohne Leiter und dank der vorübergehenden Leitung von Markus Seegerer war doch alles sauber und hat, nach aussen gesehen, problemlos geklappt.

Deshalb unsere Fragen an den verantwortlichen Stadtrat Reto Stäheli: Wie hat der Werkhof die Vakanz rund um den Werkhof überstanden und wie beurteilt deren Ressortleiter die Erfüllung der gestellten Aufgaben? Mussten beispielsweise aussergewöhnliche Überzeiten geführt werden? Nach der abgesprochenen Erhöhung um 80 Stellenprozent ist die Abteilung Werkhof die mit Abstand grösste Abteilung der Stadt Arbon. Mit welchen Instrumenten kontrolliert und misst der neue Leiter des Werkhofs Effizienz und Kosten seiner Abteilung? Mit welchen Indikatoren wird die Auslastung des Werkhofes gemessen und wann wurde im Werkhof das letzte Mal eine Aufgabenprüfung vorgenommen?

Stadtrat Reto Stäheli, CVP: Das ist ein Strauss voll Fragen. Zur 1. Frage bezüglich der Vakanz: Dank dem sehr guten Einsatz von Markus Segerer und den Mitarbeitenden des Werkhofs konnte die Vakanz von Markus Olbrecht sehr gut gelöst werden, wie sie selber festgestellt haben. Markus Segerer hat einen super Job gemacht. Für diesen Einsatz hat er auch eine Sonderprämie erhalten, er hat diese nicht gratis erbracht.

Wir sind jetzt froh, haben wir Jürg Manser. Sie fragen, wie der neue Leiter dies kontrolliert. Er ist jetzt zwei Monate im Dienst und er hat die Arbeitsplanung, wie sie jetzt vorliegt, übernommen, mittels Arbeitsplanung und Arbeitsrapporten. Für gewisse Arbeitsplanung haben wir Sollstunden und in den Rapporten kommen die Iststunden zurück. Was ich ihnen sagen kann, Jürg Manser ist sehr kritisch und schaut alle Leistungen an, die erbracht werden. Wir sind in einem permanenten Prozess, wo wir allenfalls effizienter werden können.

Ihre Feststellung, dass zum Teil zu zweit auf Kübeltour gegangen wird, das ist auch aus Effizienz-Gründen so. Wenn wir am Sonntagmorgen durch die öffentlichen Anlagen fahren, sind wir effizienter und schneller unterwegs, wenn ein Mitarbeiter nur die Kübel leert und einer fährt und schaut, wo er hin fährt. Es ist nicht immer so, aber dort wo es effizient ist, wird es so gemacht.

Wir sind permanent am überprüfen. Sie haben auch festgestellt, wir haben mehr Strassen, wir haben mehr Rabatten, wir haben mehr Hecken. Das Strassengrün, das uns permanent mitgeteilt wird, wird auch durch den Werkhof von Hand ausgebuddelt und die ganzen Hohlräume wieder mit Mörtel

vergossen. Dies sind Handarbeiten, die können nicht maschinell gemacht werden. Darum auch die 80 Prozent mehr Stellen.

Präsidentin Elisabeth Tobler:

Position 1030

keine Bemerkungen

11. Öffentliche Sicherheit

keine Bemerkungen

13 Kultur und Freizeit

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: 1344.3010 Besoldungen Strandbad: Ich komme auf das leidige Strandbadregime zurück, das schon in diesem Rat mehrmals kritisiert wurde. Es hat nicht geklappt, auch wenn der Stadtrat das Gegenteil behauptet. Es hat nicht geklappt im letzten Jahr. Es hat vieles nicht geklappt, es ist nötig, da mehr Aufwand zu betreiben. Früher waren es einmal Fr. 70'000.--, oder über Fr. 70'000.--, jetzt hat man Fr. 30'000.-- reduziert. Ich meine, wenn ich jetzt beantrage um jetzt Fr. 10'000.-- zu erhöhen, um so die grössten Mängel während der Saison zu beheben, dann sei das ein sehr vernünftiger Kompromissantrag.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Möchte sich jemand dazu äussern? Wenn nicht möchte ich über diesen Antrag, den ich aber schriftlich haben müsste, abstimmen lassen.

Stadtrat Reto Stäheli: Der Stadtrat sieht keinen Handlungsbedarf, hier um Fr. 10'000.-- zu erhöhen. Wenn schon, müssten wir wissen, was nicht geklappt hat, dann könnten wir über die Leistungen diskutieren, dann macht es auch Sinn.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Warum es nicht geklappt hat. Es hat periodisch einen Bademeister dort, nur zu einer sehr kurzen Zeit. In dieser Zeit, in der der Bademeister dort ist, die könnte man mit diesem Mehrbetrag verlängern und das würden viele Benutzerinnen und Benutzer des Strandbades schätzen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Zugestanden, wir sind von der SVP auch nicht glücklich über das jetzige Strandbad-Camping-Regime, über die jetzige Praxis, aber so lässt sich das nicht lösen, Peter Gubser. Einfach so Fr. 10'000.-- aufzuwerfen als würde das überhaupt keine Rolle spielen. Wenn schon, müsste ein neues Konzept her und dann müsste entschieden werden, was uns das kostet. Aber bitte nicht so, so leicht dürfen wir nicht einfach Fr. 10'000.-- auf den Tisch werfen.

://: Der Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso um Erhöhung von Fr. 10'000.-- des Budgetposten, 1344.3010 Besoldungen, wird mehrheitlich abgelehnt.

14. Gesundheit

Bernhard Bertelmann, FGK: 1440.3653: Beitrag an Spitexverein Abon und Umgebung: Ich habe hier keinen Antrag sondern nur eine Erläuterung, die mir am Herzen liegt.

Seit 1.1.2011 gilt die neue Pflegefinanzierung. Damit einhergehend wurde die bisherige Leistungsvereinbarung mit der Spitex auf der Basis der Empfehlungen des Verbandes Thurgauer Gemeinden VTG und des kantonalen Spitexverbandes angepasst. Gemäss Hochrechnung 2011 der Spitex ist die Zahl der erbrachten Leistungen 2011 gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen. Zudem haben sich die Fixkosten der Spitex durch den Wegfall der Partnergemeinde Steinach erhöht, und neu können auch private Spitex-Dienstleister Beiträge beanspruchen. Auf der anderen Seite ist die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Egnach ab 2012 geplant. Demzufolge sollten sich die Fixkosten mittelfristig zumindest stabilisieren.

Ich weiss nicht, ob der Stadtrat dazu schon etwas sagen kann?

Roman Buff, CVP/EVP: Wichtig zu erfahren ist noch, ist diese Fusion mit Egnach noch geglückt?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Es ist richtig, die Spitex hat sich gefunden mit der Gemeinde Egnach.

Wie sie aus der Presse entnehmen konnten, ist die Fusion der beiden Spitex-Vereine über die Bühne gegangen und beschlossen. Das war, Irrtum vorbehalten, am 21./23. November der Fall und das Ganze ist hier auf gutem Weg.

Hanspeter Belloni, SVP: 1440.3652 exxa Mütter-/Väterberatung: Dazu habe ich eine Frage aber auch weiter hinten zu 1540.3650 exxa Erziehungs-/Familienberatung: Totalsumme um die Fr. 200'000.-- oder über Fr. 200'000.--. Wir haben aus der Presse erfahren, dass sich der Verein exxa aufgelöst hat. Meine Frage an den zuständigen Stadtrat Hans Ulrich Züllig, gibt es da schon nähere Informationen wie weiter?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Es gibt nähere Informationen. Der Verein exxa hat beschlossen, zur Organisation Perspektive überzutreten. Dieser Beschluss ist gefasst und die Auflösung des Vereins, das wird sich dann nach Abschluss der Jahresrechnung 2011, zu Beginn des Jahres, wird dann der Übertritt definitiv erfolgen. Der erste Schritt ist abgeschlossen, erst vor drei vier Tagen, wie aus der Presse entnommen werden konnte.

Hanspeter Belloni, SVP: Also hat es keine Auswirkungen auf den Voranschlag 2012?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Es ist schwierig, das zum heutigen Zeitpunkt schon abzuschätzen. Ich denke im Rahmen des Budgets, wie wir das Budget gemacht haben, war das noch weniger abzuschätzen. Einer der Gründe ist, dass die neue Organisation Perspektive tendenziell das Budget der Stadt entlasten wird, da die beiden Beiträge des Kantons steigen werden. Hier sind wir auf der guten Seite.

Präsidentin Elisabeth Tobler:

15 Soziale Wohlfahrt

keine Bemerkungen

16. Verkehr

keine Bemerkungen

17 Umwelt und Raumordnung

Bernhard Bertelmann, FGK: 1720.4345 Abfallgrundgebühren: Hier muss ich leider Patrick Hug ein bisschen enttäuschen. Die FGK hat sehr wohl Änderungsanträge. Wie bereits erwähnt, hat die FGK einige wichtige Informationen erst spät, nach ihren Beratungen, erhalten. Und mit diesen zusätzlichen Informationen sind wir nochmals über die Bücher gegangen und haben auch nochmals die Position 1720.4345 genau angeschaut.

Die FGK ist einstimmig der Meinung, dass es unrealistisch ist, bereits im Jahr 2012 einen solch hohen Betrag für Abfallgrundgebühren zu budgetieren. Wir gehen nicht davon aus, dass die Abfallgrundgebühren, wenn sie frühestens im Frühsommer 2012 beschlossen werden, rückwirkend per 1.1.2012 eingeführt werden. Die Mehrheit der FGK ist deshalb der Meinung, dass dieser Betrag von Fr. 385'000.-- erst im 2013 budgetiert werden kann. Eine Minderheit der FGK war der Meinung, dass ein Teilbetrag beibehalten werden soll, im Umfang von ca. einem Viertel der erwarteten Einnahmen.

Im Namen der Mehrheit der FGK beantrage ich aus den oben genannten Gründen, den gesamten Betrag auf das nächste Jahr zu verschieben, das heisst, die Fr. 385'000.-- aus dem Voranschlag 2012 zu streichen.

Ich möchte nochmals betonen, dass die FGK damit keine Aussage darüber macht, ob sie diese Gebühr begrüsst oder nicht. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Gebühr erst nach gründlicher Beratung frühestens auf Anfang 2013 eingeführt werden kann.

Hanspeter Belloni, SVP: Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag der FKG und fordert die Streichung der Fr. 385'200.-- aus dem Voranschlag 2012, bis die zu bildende Kommission einen entsprechenden Antrag zu Handen Stadtrat und Volk formuliert hat.

Wir haben es auch in einem Leserbrief gelesen.

Zu bemängeln gibt es, dass auch 2 Jahre nach Inkrafttreten des Litteringgesetzes, welches zum Ziel hat, die Abfallberge einzudämmen und Fehlbare zu büssen, keines dieser Ziele bis zum heutigen Zeitpunkt erreicht wurde.

Man ist nicht imstande, griffige Massnahmen zu beschliessen. Fehlbare, die der Stadt gemeldet werden, bleiben verschont.

Innovationen sind hier gefragt, wie zum Beispiel, ob es Sinn macht, dass es während des Winterhalbjahrs gleich viele Abfallkörbe braucht, wo wir doch sehr viel weniger Touristen und Spaziergänger haben.

Die Demontage einiger Abfallkörbe, um so dem Abfalltourismus entgegenzutreten wäre vielleicht prüfenswert.

Roman Buff, CVP/EVP: Wir sträuben uns nicht gegen den FGK-Vorschlag. Ich möchte aber doch noch zu bedenken geben, dass die Einführung einer Abfallgrundgebühr, welche eben nicht einer indirekten Steuer entspricht, von der RPK seit 2005 empfohlen bis angemahnt wird. Der Stadtrat hat dies bis anhin unterlassen bzw. nicht ernst genommen. Er budgetiert sie, diese Abfallgrundgebühr, nun erstmals für 2012 und dies ist psychologisch sicher ungeschickt, macht es doch den Anschein, als ob damit das Budgetdefizit gebessert und eine Steuererhöhung umgangen wird. Endlich aber kommt er jetzt dieser von der RPK jahrelang empfohlenen Sache nach. Gewisse Dinge brauchen offenbar eben länger.

Durch diese Verzögerung ist auf der anderen Seite Fact, dass wenn der Stadtrat diese von der RPK ermahnte Grundgebühr schon in früheren Jahren erhoben hätte, dass dadurch die Budgets bzw. die Rechnungen der vergangenen Jahre um einen erheblichen Betrag entlastet worden wären. Nur diesen Gesichtspunkt habe ich ihnen noch sagen wollen.

Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso: Auch wir beantragen die Streichung dieser Abfallgebühr. Wir haben dazu eigentlich drei Gründe:

1. Es erscheint uns unverantwortlich, dass eine Gebühr jetzt ins Budget aufgenommen wird, die bis dato noch nicht einmal beschlossen ist, die unseres Erachtens auch sehr umstritten ist. Dass die Gebühr überhaupt zustande kommt, ist deshalb äusserst fraglich.
2. Widerspricht eine Grundgebühr die alle, sowohl Verursacher als auch Nichtverursacher zu gleichen Teilen in die Pflicht nimmt, nicht dem Verursacherprinzip, das im Gesetz verankert ist? Falls es aber unmöglich erscheint, in diesem Fall die Verursacher zur Kasse zu bitten, dann erscheint uns eine Finanzierung via Steuererhöhung ehrlicher als eine Einführung einer neuen Gebühr.
3. Es scheint uns auch extrem schwierig den Bürgerinnen und den Bürgern zusätzlich zur Sackgebühr auch noch eine Grundgebühr plausibel zu vermitteln. Der Ruf, dass es doch nur eine versteckte Steuererhöhung ist, der wird zu Recht überall zu hören sein.

Stadtammann Martin Klöti: Wir sind ja schon fast mitten in der Beratung dieser Botschaft. Ich möchte daher auch nicht in die Diskussion eintreten, sondern nur sagen, wie der Stadtrat darauf gekommen ist, bereits einen Betrag hier im Budget aufzunehmen. Man kann nämlich, wenn eine Gebühr bereits beraten und beschlossen ist durch das Parlament, maximal vier Monate rückwärts in Kraft setzen. Das bedeutet, wenn jetzt das Parlament eine Kommission bildet, dieses Reglement berät, im April verabschiedet, also heute in fünf Monaten, dann könnten wir anfangs dieses Jahres die Gebühr in Kraft setzen. Wenn es sich hinauszögert, dann wird es vielleicht drittes Quartal und dann könnten wir per 1. Juli (immer noch für ½ Jahr) diese Gebühr einziehen.

Wir kommen nicht umhin, es zu tun, weil wir die Pflicht haben, diesen Posten kostendeckend abzuwickeln. Die RPK hat seit Jahren darauf hingewiesen. Wir haben immer ein bisschen den Kopf eingezogen. Wir haben gesagt, Gebühren sind nicht gerade das, was wir jetzt suchen, aber es kommt. Wie sie sehen, haben wir eine Vorlage hier in der Botschaft. Wir sind bei weitem nicht die

Einzigen, die das tun und wir haben auch einen sehr moderaten Betrag angesetzt. Das ist aber dann die Sache der Diskussion. Nur, dass wir einen Betrag in das Budget nehmen, das ist nicht gerade übermütig, sondern das ist eine reale Möglichkeit, die eintreffen könnte. Es ändert nichts in der Welt, wenn sie den Betrag rauskippen. Es hängt davon ab, wie sie diese Botschaft hier drin behandeln werden im nächsten Jahr.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Es tut mir leid, dass ich hier auftrete und eigentlich widersprechen möchte. Der Stadtrat beruft sich auf das Umweltgesetz des Bundes, wonach die Kantone dafür sorgen, dass die Kosten für die Entsorgung der Siedlungsabfälle soweit sie ihnen übertragen ist mit Gebühren oder anderen Abgaben dem Verursachern überbinden, was bereits mit diesen Abfallsackgebühren ja auch geschieht.

Es gibt aber auch noch einen Art. 2 dazu und der heisst: Würden kostendeckende und verursachergerechte Abgaben die umweltverträgliche Entsorgung der Siedlungsabfälle gefährden, so kann diese, soweit erforderlich, anders finanziert werden.

Es ist also überhaupt nicht davon die Rede, dass wir das machen müssen und ich denke, es ist auch nicht unbedingt die Aufgabe der RPK, hier, solche Forderungen aufzustellen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wenn keine weiteren Voten mehr dazu sind, stimmen wir über diese Position ab.

://: Der Antrag der FGK die Position 1720.4345 Abfallgrundgebühren, Fr. 385'000.--, aus dem Budget zu streichen, wird einstimmig genehmigt.

18 Volkswirtschaft

keine Bemerkungen

19 Finanzen und Steuern

keine Bemerkungen

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: 1921 Finanzausgleich: Dieser Finanzausgleich bringt der Stadt wesentlich mehr Geld. Das Budget sieht darum wesentlich besser aus. Ich wünschte mir eigentlich, dass auch die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Parteien, nicht nur der SP sich beim Kantonsrat für einen verstärkten Ausgleich zwischen den Gemeinden einsetzen, damit diese Unterschiede zwischen den Steuerfüssen der Gemeinden nicht immer noch grösser werden. Ich erinnere an die Zeitungsmittelung über Horn, 32 Prozent, wir 76 Prozent. Diese Unterschiede sind einfach zu gross. Das kann man nur kantonal lösen und dazu rufe ich die Vertreter der anderen Parteien im Kantonsrat auf.

Präsidentin Elisabeth Tobler:

Konto1931 bis Konto 1995

keine Bemerkungen

Damit haben wir die Detailberatung der Laufenden Rechnung beendet.

Den Finanzplan haben wir lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Ich stelle den Finanzplan zur Diskussion.

Sie haben den Finanzplan zur Kenntnis genommen. Damit kommen wir zur Beratung der Investitionsrechnung 2012, die auf den rosa Seiten 3 bis 6 des Investitionsplans 2012-2015 ersichtlich ist:

Finanzvermögen

keine Bemerkungen

10 Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

11 Öffentliche Sicherheit

keine Bemerkungen

13 Kultur und Freizeit

Bernhard Bertelmann, FGK: 1330.5.501/699 Skatepark: Nochmals ein Antrag der FGK. Wie ich bereits in meinen einleitenden Worten ausgeführt habe, haben wir auch hier neue Informationen. Die FGK ist mehrheitlich der Meinung, den Budgetposten 1330.5.501 Skatepark beizubehalten, jedoch beantragt sie, die budgetierten Kosten gemäss Vorlage Stadtrat auf Fr. 375'000.-- zu erhöhen, so wie es in der Botschaft steht. Die eingebrachten Leistungen des Vereins bleiben bei Fr. 50'000.--.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich kann den Antrag nur unterstützen, die Variante 1 Fr. 375'000.-- in das Budget aufzunehmen. Zusätzlich würde ich gerne bei den Sponsorenbeiträgen, übrige Beiträge die Fr. 50'000.-- auf Fr. 75'000.-- erhöhen. Das ist mir mündlich mitgeteilt worden, dass diese beigebracht wurden durch den Skatepark inkl. Toto. Wir haben dort Fr. 25'000.-- mehr ins Budget aufzunehmen.

Roman Buff, CVP/EVP: In Bezug auf den Skatepark soll man endlich sagen können: „Ende gut - alles gut“, nachdem dieses Anliegen der Jugend vom Parlament bisher mehrere Jahre vor sich her geschoben wurde. Der Hauptgrund ist, meiner Meinung nach, ein, sagen wir mal diplomatisch, nicht optimaler Informationsfluss Stadtrat – Skateverein Arbon. Schuldzuweisungen nützen nichts. Die unerklärlicherweise wieder einmal sehr verspätet eingetroffene Botschaft, deren Auftragserteilung schon vor einem Jahr vom Parlament erteilt wurde, liegt nun endlich vor, sodass hier mittels einer Kommission Nägel mit Köpfen gemacht werden und die Botschaft sehr bald ins Parlament kommen kann. Wie gesagt: Ich hoffe: Ende gut - alles gut. Aus diesem Grund ist die CVP/ EVP-Fraktion einstimmig dafür, dass der Budgetposten im Budget belassen wird, aber ehrlicherweise auf die in der Botschaft erwähnten Fr. 375'000.-- erhöht wird. Damit signalisieren wir dem Skateverein Arbon vorerst, dass das Parlament für die Verwirklichung des Skateparks ist, immer unter der Voraussetzung, was dann die vorberatende Kommission nach vertiefter Arbeit vorschlägt.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich persönlich war noch nicht im Parlament, als das erste Mal über diese Position verhandelt wurde.

Aber als Präsident der Genossenschaft Hallenbad geht dieser Skatepark in die gleiche Richtung wie ein Hallenbad im Oberthurgau oder eine Traglufthalle in Arbon. Einerseits verstehe ich den Verein und dessen Anliegen, auf der anderen Seite muss ich dem Verein vor Augen halten, dass wir bei diesem Sport ebenfalls von einer Randsportart sprechen, wie beim Wettkampfschwimmen. Immerhin kann über das Schwimmen noch gesagt werden, dass dieser Sport bis ins hohe Alter ausgeübt werden kann und auch von den Ärzten empfohlen wird.

Mühsam ist einfach, dass der Stadtrat fast ein ganzes Jahr für die Ausarbeitung der Botschaft gebraucht hat.

Wie bereits beim Eintreten erwähnt, gilt es nun Weichen für die Zukunft zu stellen und Notwendiges ist von Wünschbarem zu trennen.

Die SVP-Fraktion fordert die Streichung dieser Position aus dem Voranschlag 2012.

Christine Schuhwerk, FDP: In den nächsten Jahren steht Arbon ein finanzieller Kraftakt bevor. Das Projekt NLK und deren Nebenprojekte beanspruchen einen grossen Teil des Budgets. Um den Steuerfuss zu halten, müssen wir sparen, das sind wir uns alle bewusst.

Wo können wir sparen? Bei Projekten, die nicht zwingend zum Projekt NLK gehören. Also bleiben uns in diesem Budget nur drei Positionen, sei dies der Skatepark, das Friedhofgärtnerhaus, oder das Kapeli.

Hier zum Skatepark ist zu erwähnen: Als der Skatepark zum ersten Mal ins Parlament gekommen ist, kostete er lediglich Fr. 180'000.--, wobei die IG Fr. 20'000.-- beisteuerte, Nettobetrag der Stadt also Fr. 160'000.--. Im Budget 2009 wurde für den Bau bereits Fr. 265'000.-- aufgeführt, wobei Fr. 100'000.-- Rückerstattungen, Nettobetrag der Stadt Fr. 165'000.--. Im Budget 2011 wurde für den Bau Fr. 330'000.--, Rückerstattungen Fr. 50'000.-- vom Sporttoto, IG wurde kein Betrag eingetragen, Nettoertrag der Stadt bereits Fr. 280'000.--. Im Budget 2012 wird nun für den Bau Fr. 300'000.--,

Rückerstattungen Fr. 50'000.--, Sponsorenbeiträge IG: kein Betrag. Normalerweise wird der Bruttobetrag in der Investitionsrechnung eingetragen und die Sponsorenbeiträge IG als Rückerstattungen abgezogen, wie auch der Sporttobetrag. Der Nettobetrag der Stadt Fr. 250'000.--. Die einfachere Variante ist in der Botschaft mit Fr. 375'000.-- veranschlagt. Nach meiner Rechnung entsteht hier ein Fehlbetrag von Fr. 75'000.--. Wie soll das finanziert werden? Dies zur finanziellen Situation.

Nun zum Bau. Nach Augenschein im Skatepark in St. Gallen frage ich mich: Wollen wir eine Betonwüste hinter dem Seeparksaal an einem der schönsten Plätze am See, in der Nähe des Seeufers und des Naturschutzgebietes? Wir sind grundsätzlich für die Förderung von Jugendlichen und deren Anliegen, aber in der momentanen finanziellen Situation nicht in der Lage in das Projekt Skatepark zu investieren. Darum ist die FDP-Fraktion der Meinung, keine neuen Hoffnungen IG-Skatepark zu wecken und den Betrag von Fr. 300'000.-- im Budget 2012 zu streichen.

Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso will Antrag der Mehrheit FGK unterstützen. Wir sind für beibehalten dieses Budgetpostens in der Investitionsrechnung und wir sind auch dafür, dass er auf Fr. 375'000.-- erhöht wird, wie es auch in der Botschaft des Stadtrates, die effektiven Kosten der Variante 2, sind. Wir sind dafür, dass die Fr. 50'000.--, die die Sporttotesgesellschaft zugesagt hat, dass wir die im Budget drin belassen und nicht dafür auf Fr. 75'000.-- erhöhen auf eine mündliche Zusage.

Wir sind dafür, dass die Kommission das jetzt bearbeiten kann, dass die Kommission, die wir ja nachher wahrscheinlich beschliessen werden, in Ruhe das ganze ausleuchten kann und dass wir dann einen sauberen Schlussstrich dazu ziehen können. Ich denke, dass diesen Betrag aus dem Budget jetzt rauszukippen ein falsches Zeichen wäre in Richtung Verein Skatepark und wir sollten ihn deshalb darin belassen.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich erlaube mir aus dem neuen Legislaturprogramm, es liegt da vorne auf, zu zitieren aus dem Bereich Finanzen und Liegenschaften. Der Stadtrat will Massnahmen ergreifen und schreibt dazu:

- Wir streben eine ausgeglichene laufende Rechnung an
- Der Selbstfinanzierungsanteil beträgt durchschnittlich mehr als 10%
- Investitionen und Ausgaben werden streng nach Prioritäten und Finanzierbarkeit behandelt usw. es gibt noch mehr dazu.

Aber das sind die Wichtigsten und ich denke, dass die Tatsache ein Betrag von über Fr. 300'000.-- in der Investitionsrechnung für einen Skatepark erscheint, dem, was sie hier reinschreiben, diametral widerspricht, und ich meine einfach, dass es nicht in Ordnung ist, dass man jetzt dem Parlament den schwarzen Peter zuschieben will, um dieses Geschäft zu erledigen.

Werner Keller, FDP: Alle Jahre wieder, das habe ich bereits vor einem Jahr hier im Saal gesagt. Wir sind jetzt aber bei dieser Position einen Schritt weiter. Nach rund elf Monaten steht nun die Botschaft für eine Skateanlage uns Parlamentariern und dem Verein Skatepark zur Verfügung. Der Stadtrat hat mal vorerst die Hausaufgaben erledigt. Jetzt ist die Vorberatende Kommission und der Skateverein gefordert. Machen wir nun doch endlich Nägel mit Köpfen das heisst:

1. Die Vorberatende Kommission prüft das Projekt und erstellt einen Bericht
2. Der Verein Skaterpark legt uns ein Sponsorenkonzept vor
3. Dann sind wir vom Parlament gefordert und wir müssen an einer nächsten Sitzung im Frühjahr die Verantwortung über diesen Ausgabenposten übernehmen.

Ich unterstütze den Antrag der FGK

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Was tut Arbon für die Jugendlichen? Was für Einrichtungen haben wir für die Jugendlichen? Wieso ist die finanzielle Lage der Stadt jetzt so schlecht?

Die finanzielle Lage der Stadt ist schwierig, um es etwas vornehmer auszudrücken, wegen der neuen Linienstrasse. Sollen denn die Jugendlichen auf die neue Strasse? Ist es nicht viel besser, wenn wir eben auch an die Jugendlichen denken, ihnen Raum zur Verfügung stellen, dass sie nicht auf der

Strasse sind. Wenn ich denke, was wir sonst allenfalls ausgeben müssten, wenn die Jugendlichen auf der Strasse sind, sind die Fr. 300'000.-- eigentlich gut investiertes Geld.

Silke Suter Heer, FDP: Vergessen wir nicht, in welcher Diskussion wir sind, wir sind nämlich in der Budgetdiskussion. Die vielen Voten sind jetzt so gefallen, wie wenn wir heute Abend über die Skateanlage abstimmen würden, was nicht der Fall ist. Wir stimmen nur über das Budget ab. Wenn wir die Position streichen und in einigen Monaten zum Schluss kommen, wir wollen die Skateanlage bauen, dann fällt diese Position im Budget, so oder anders abstimmen und dann ist die Position nicht im Budget gewesen und kommt doch zum tragen. Oder eben umgekehrt, wir sagen wir bauen die Skateanlage nicht und je nach dem haben wir eine Position zuviel drinnen oder die Position ist vorher schon rausgestrichen worden. Aber vergessen sie bitte nicht, es spielt keine Rolle, was wir heute machen. Die materielle Diskussion wird erst erfolgen, wenn die Kommission einen Bericht vorgelegt hat, wir wirklich fundierte Informationen haben, alle Informationen auf dem Tisch liegen und wir dann darüber entscheiden. Das war auch der Hintergrund weshalb die FGK vorschlägt, man soll doch bitte diese Position jetzt drinnen lassen und diesen Entscheid abwarten, schauen was dabei herauskommt ohne heute Abend den Eindruck zu erwecken dabei sei zu präjudizieren, was wir heute Abend entscheiden.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich will das Thema nicht künstlich verlängern. Ich will nochmals die Kompetenzregelung aufrufen. Investitionen über Fr. 300'000.-- liegen nun mal in der Kompetenz des Parlaments. Wir haben gesagt, wir bringen es auch unter Fr. 300'000.-- ins Parlament, letztes Jahr.

Warum die zeitliche Verzögerungen? Wir haben summa summarum acht Standorte geprüft im Vorfeld. In ganz Arbon sind wir nochmals über die Bücher, haben dort auch Kostenabklärungen gemacht, Machbarkeitabklärungen aufgebracht. Es war nicht einfach neben dem normalen Business noch alles abzuklären, darum ist die zeitliche Verzögerung eingetreten.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir werden jetzt abstimmen lassen.

://: Die Position 1330.5.501 Planungs- und Baukosten von Fr. 300'000.-- im Budget zu lassen, wird mit 20 zu 9 Stimmen genehmigt.

://: Der Antrag des Stadtrates um Erhöhung der Position 1330.5.501 Planungs- und Baukosten auf Fr. 375'000.-- wird mit 18 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

://: Der Antrag des Stadtrates um Erhöhung der Position 1330.5.669 Übrige Beiträge (Sponsoring IG) auf Fr 75'000.-- wird mit 14 zu 2 Stimmen bei 13 Enthaltungen genehmigt.

14 Gesundheit

keine Bemerkungen

16 Verkehr

keine Bemerkungen

17 Umwelt und Raumordnung

Benhard Bertelmann, FGK: 1740.3.503.1 Neubau Friedhofgärtnerhaus, Projekt und Baukosten: Hier würde die FGK gerne wissen, was der Stadtrat zu tun gedenkt. Der Stadtrat soll klar offen legen, was er mit dem Friedhofgärtnerhaus zu tun gedenkt, was er bauen möchte und wie viel es kostet. Wenn der Stadtrat beabsichtigt, wegen höheren Kosten nur einen Teil zu bauen, dann ist die FGK der Meinung, dass dieses Vorgehen nicht korrekt ist.

Die FGK stellt hier keinen Budgetantrag sondern einen Antrag an den Stadtrat:

Der Stadtrat soll vor Baubeginn offen legen, wie teuer der Neubau des gesamten Friedhofgärtnerhauses gemäss Abstimmungsvorlage, also inklusive Werktrakt und Wohneinheit, zu stehen kommt. Sollten die Kosten um über 10 Prozent höher sein als die bei der Abstimmung bewilligten Fr. 996'000.--, muss der Stadtrat zuerst abklären, ob eine erneute Urnenabstimmung nötig ist, so wie es aus der Sicht der FGK aus dem Art. 32, Abs. 3 der Gemeindeordnung hervorgeht. Der Stadtrat darf mit dem Bau des Friedhofgärtnerhauses erst beginnen, wenn er diese Abklärung

gemacht und uns entsprechend informiert hat.

Ich habe, da es ein bisschen ein längerer Antrag ist, wenn gewünscht wird, auch eine Folie erstellt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Antrag FGK gemäss Folie: Der Stadtrat soll vor Baubeginn offen legen, wie teuer der Neubau des gesamten Friedhofgärtnerhauses gemäss Abstimmungsvorlage, also inklusive Werktrakt und Wohneinheit, zu stehen kommt. Sollten die Kosten um über 10 Prozent höher sein als die bei der Abstimmung bewilligten Fr. 996'000.--, muss der Stadtrat zuerst abklären, ob eine erneute Urnenabstimmung nötig ist, so wie es aus der Sicht der FGK aus dem Art. 32, Abs. 3 der Gemeindeordnung hervorgeht. Der Stadtrat darf mit dem Bau des Friedhofgärtnerhauses erst beginnen, wenn er diese Abklärung gemacht hat.

Stadtrat Reto Stäheli: Der Stadtrat wird am Budget festhalten, das heisst er hat einen Antrag. Er hat beschlossen, dass er im Jahr 2012 Fr. 530'000.-- ins Budget aufnehmen wird und im Jahr 2013 Fr. 420'000.--, das ist die Summe, die in der Botschaft total ausgewiesen wurde. Wie teuer das Friedhofgärtnerhaus und das Werkgebäude heute zu stehen kommt, können wir nicht sagen, weil alles auf einem Kostenvoranschlag basiert. Wenn wir das machen müssten, müssten wir überall Detailofferten einholen, um genau zu wissen, was und wie hoch der Bau zu stehen kommt.

Wir können diesem Antrag hier nicht eins zu eins folgen, sonst müssten wir mit Vorleistungen reingehen.

Stadtammann Martin Klöti: Der Stadtrat hat darüber beraten. Wir haben an der Urne einen Kredit bewilligt bekommen und für diesen Kredit bauen wir, was in der Botschaft steht. Wir haben inzwischen vielleicht ein bisschen zu genau kommuniziert und gesagt, es könnte sein, dass gewisse Positionen höher werden. Es ist noch nicht geschehen. Lassen sie uns bauen, lassen sie uns arbeiten. Wir haben einen Kredit erhalten an der Urne und es wäre zum ersten Mal, wenn man mit einem Antrag in einer Budgetdebatte den Stadtrat in seiner Arbeit abstoppt, nur weil man Bedenken haben könnte, wie beim Hafenbau zum Beispiel, teurer zu werden. Da hätte es genau so kommen können. Wir stehen hier gerade für die Urnenbotschaft, die uns den Spielraum gibt. Ich danke für das Vertrauen.

Silke Sutter Heer, FGK: Vielleicht etwas zur Vorgeschichte. Das waren nicht Bedenken, das waren konkrete Zahlen, die man der FGK präsentiert hat, die man der Öffentlichkeit präsentiert hat. Es wurde konkret informiert: Der Bau Wohnhaus und Werktrakt wird teurer, massiv teurer.

Das Volk hat abgestimmt über einen Kredit zum Friedhofgärtnerhaus mit Werktrakt. Ein Nachtragskredit, sollte er von 10 Prozent auf Fr. 996'000.--, die Rechnung ist einfach, mehr als rund Fr. 100'000.-- übersteigen, muss in einer Abstimmung dem Volk erneut vorgelegt werden. Es geht aus Sicht der FGK angesichts des heutigen Kenntnisstandes, der vom Stadtrat kommuniziert worden ist, betreffend der Kostenüberschreitungen, nicht, dass nach Bau des Werktraktes, nach amerikanischem Prinzip, ups, hat doch nicht ganz funktioniert, gehandelt wird. Und es dann tatsächlich einfach soviel teurer wird, wie auch schon längst kommuniziert worden ist.

Wenn heute bekannt ist, dass das vom Volk genehmigte Projekt tatsächlich teurer wird, also der Kredit nicht eingehalten werden kann, dann müssen doch die Arbonerinnen und Arboner die Möglichkeit erhalten, sich über diese Kostenüberschreitung, bzw. dann natürlich unter dem Strich, über die effektiven Kosten zu äussern. Das heisst nichts anderes, sie müssen die Möglichkeit erhalten, darüber noch einmal abzustimmen, ob sie dem Projekt zu diesem neuen Preis mit dem Nachtragskredit zustimmen wollen. Nicht das Parlament durch eine Streichung im Budget, aber auch nicht der Stadtrat durch eine Etappierung, kann diesen Volksentscheid vorwegnehmen oder diesen umstossen. Das sind die Bedenken der FGK. Auf diese Bedenken wurde bis heute nicht wirklich eingegangen. Es wird nun einfach behauptet, man kann dieses Projekt zu den ursprünglichen Kosten bauen, nachdem komplett anders mit konkreten Zahlen informiert worden ist. Diese Zahlen sind nicht vom Tisch. Diese Umkehr in der Informationspolitik ist nicht wirklich fundiert begründet. Ich möchte wissen, weshalb diese Mehrkosten nun plötzlich, die vorher als absolut sakrosankt kommuniziert wurden, doch nicht mehr entstehen sollen. Wir reden nicht von 10 Prozent, wir reden von massiv mehr, und das kann ich wirklich beim besten Willen nicht nachvollziehen und würde diese Erklärung

schon noch heute Abend gerne hören, um auch eine gewisse Glaubwürdigkeit für diese Erklärung zu erzielen.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich wiederhole gerne die Meinung der SVP-Fraktion vom Eintreten. Schon beim Referendum war die SVP überzeugt, dass der Kredit bewusst unter 1 Mio. Franken gedrückt wurde. Dass nur die genaue Kostenzusammenstellung, sowie die Anpassung an die heutige gültigen Energiestandards (der Kostenvoranschlag Preisstand November 2009, wurde bereits im Minergie P-Standard gerechnet) es allein ausmacht, dass der Neubau des Wohnhauses teurer als ursprünglich angenommen, lässt einen sehr bitteren Geschmack zurück, ganz abgesehen von der Bemerkung über die Teuerung. (Patrick Hug hat uns heute ja bezüglich Teuerung aufgeklärt.) Es kann ausserdem nicht sein, dass aus Grund für einen anderen Standort allein die Tatsache gilt, dass das alternative Grundstück nicht in der richtigen Zone steht. Die Bevölkerung hat mit nur gerade 56 Prozent Ja-Stimmen an der Urne Ja zum Projekt gesagt, eben zum ganzen Projekt. Dass nun nur die Hälfte realisiert werden soll, aber noch mit zusätzlichen zwölf Parkplätzen, die in der Botschaft nicht geplant waren, entspricht wirklich nicht dem Volkswillen.

Gerne zitiere ich den Stadtrat, welcher sich wie folgt geäußert hat, ob und wann der zweite Bau gebaut wird, kann heute nicht beantwortet werden. Deshalb fordert die SVP-Fraktion die Rückstellung der Fr. 800'000.-- im Voranschlag 2012, bzw. Investitionsplan 2012-2015 auf 2013 verbunden, mit den Antrag der Bildung einer neuen Kommission.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich mache es kurz. Wir, von unserer Fraktion CVP/EVP, sind dafür, diesen Betrag in der Investitionsrechnung zu lassen, weil was vom Volk abgestimmt wurde in Franken, man nicht aus dem Budget streichen kann.

Max Gimmel, FDP: Als damaliges Mitglied der vorberatenden Kommission, habe ich einfach ein ungutes Gefühl bei dem, was jetzt realisiert wird. Ich denke, es ist jetzt hier eine Korrektur angebracht. Ich habe im Eintreten gesagt, dass die Qualität eines Projekts ausgearbeitet werden muss und die Notwendigkeit und die Machbarkeit erwiesen sein muss.

Bis jetzt hat eigentlich Arbon mit all den grossen Projekten eine hervorragende Arbeit gemacht und meiner Meinung nach muss man jetzt zum Schluss kommen und sagen, was da aufgegleist worden ist, hat sich durch Veränderungen ergeben, die nicht im Bereich der stadträtlichen Belange sind, sondern die sich zum Teil eben so ergeben haben. Dermassen grosse Veränderungen, dass man jetzt sagt: Halt stopp, wir gehen nochmals über die Bücher und teilen das dem Volk auch so mit und legen dann eine neue Variante Friedhofgärtnerhaus, oder eben kein Gärtnerhaus sondern nur Friedhofabstellraum oder so etwas, neu vor. Ich glaube, was wir heute jetzt machen, entspricht nicht dem, was wir vorberaten und dem was wir dem Volk vorgelegt haben. Deshalb finde ich (Antrag), dass man diesen Betrag zurückweisen muss.

Riquet Heller, FDP: Ich unterstütze den Antrag meines Vorredners, nämlich, dass diese Position nicht ins Budget aufgenommen wird und ein Nachtragskredit eingeholt wird, sei es beim Parlament, allenfalls beim Volk. Es ist meines Erachtens nicht zulässig, dass man mit einem Bauprojekt beginnt, wo man in vornherein zweierlei Modifikationen anbringt.

1. Man baut etwas anderes, nämlich kein Haus, stellt dafür mehr Parkplätze hin.
2. Man weiss zum vornhinein, dass man, was das Volk beschlossen hat, zum bewilligten Preis nicht liefern kann.

Man darf mit einem Projekt nicht beginnen und wissen, dass man auf halber Strecke den Kredit aufgebraucht haben wird. Ich bitte sie, dem Volk mit einem Nachtragskredit die Gelegenheit zu geben, sich diesbezüglich allenfalls zu korrigieren.

Dann sind wir wieder auf Feld Nummer eins. Wir haben, wie Max Gimmel gesagt, eine neue Ausgangslage, können so projektieren, wie es neu passt, oder der Nachtragskredit wird bewilligt. Dann ist klar, die Leute wollen in Arbon ein Friedhofgärtnerhaus, entsprechende Büroräumlichkeiten, wie das im ursprünglichen Projekt, das die Volksabstimmung passiert hat, vorgesehen ist. Ich bitte sie demzufolge, dem Antrag meines Vorredners zuzustimmen und die Position aus dem Budget zu streichen. Dies als Indicator, wie weiter vorzugehen ist in der Friedhofgärtnerhausfrage.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Riquet Heller, stellst du einen Antrag, dass der Stadtrat einen Nachtragskredit einholen muss, oder reicht der Antrag von Max Gimmel, dass die Position aus dem Investitionsplan zu streichen ist und das Projekt neu aufgelegt wird?

Heller Riquet, FDP: In der Eile ist meine Meinung folgende: Im Rahmen der Budgetberatung kann ich einen solchen Antrag nicht stellen, demzufolge bleibt es beim Antrag von Max Gimmel.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wir sollten aufpassen, dass es nicht zu kompliziert wird. Jetzt Max Gimmel und Hanspeter Belloni wollen genau das Gleiche, wollen diesen Beitrag aus dem Budget streichen, um zu überprüfen ob das, was wir bis jetzt wollten, sinnvoll und zweckmässig ist. Wenn Roman Buff sagt, was das Volk beschlossen hat, muss ins Budget, hat er recht, aber muss nicht ins Budget 2012. Es kann auch ins Budget 2015 und in der Zwischenzeit können wir gescheiter werden.

Wir haben jetzt finanziell, wir haben konzeptionell, wir haben psychologisch völlig neue Voraussetzungen, darum ist es richtig, zurück an den Absender, Kommission bilden, überprüfen und dann mit einer Vorlage vors Volk, die allenfalls eine Korrektur möglich macht. Könnte mir vorstellen, dass das Volk eine Korrektur des seinerzeitigen Volksentscheides sehr wohl möchte. Von daher bitte ich, den Antrag Gimmel und Belloni zu unterstützen.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Eigentlich wollte ich nichts dazu sagen, aber es hat mich dann doch noch von dem Stuhl gelupft. Wir haben 2010 darüber abgestimmt und das Volk hatte diesem Neubau zugestimmt, und zwar nicht nur mit einer kleinen Mehrheit, sondern mit einer grösseren Mehrheit. Es ist schon so, dass es bestimmten Parlamentariern nicht so gepasst hat, aber man kann jetzt nicht die Gelegenheit beim Schopfe packen und meinen, man könnte die ganze Abstimmung rauskippen.

Ich möchte eigentlich gerne hören, was der Stadtrat dazu sagt. Es war tatsächlich so, dass sehr viel Verwirrung geschaffen wurde, indem man kommunizierte, man wolle mal mit dem Werkgebäude beginnen und dann schauen was noch übrig bleibt für das Haus. So ist es bei mir angekommen, so geht es natürlich schon nicht. Ich würde gerne hören, was der Stadtrat dazu zu sagen hat.

Stadtammann Martin Klöti: Es wird auch mein Kollege Brühwiler als Besteller noch argumentieren, welche Bedürfnisse jetzt abgedeckt werden müssen und für welche Bedürfnisse uns der Urnenentscheid freie Hand gegeben hat.

Ich muss zugeben, es wurde möglicherweise zu offensiv kommuniziert. Da ist uns irgendwo das Temperament wohl etwas durchgegangen. Die zuständigen Kollegen haben es gut gemeint. Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht, das sieht man heute Abend. Wir haben sie verwirrt, es tut mir leid.

Ich muss jetzt einige Dinge klarstellen.

1 Die Parkplätze haben mit dem Projekt nichts zu tun und hatten auch damals dabei nichts zu tun. Sie sind Teil eines Projekts Rebenstrasse. Wir vermischen das bitte nicht mehr. Es war nie die Rede davon, in diesem Kredit der Urne war das kein Teil und wird auch nicht über diesen Kredit bezahlt.

2. Wir können nicht im Voraus einen Nachtrag beantragen, weil wir noch nicht wissen, was es kostet. Die Mehrkosten, die sind entstanden, weil wir noch nicht wussten, woher die Energie kommt. In der Zwischenzeit haben sie beobachtet und gehört, dass wir mit dem Energiepark Morgental ganz andere Möglichkeiten haben werden, Wärme mit erneuerbarer Energie an Gebäude zu führen, die der Stadt gehören. Wir hatten diese Lösung noch nicht. Wir haben sie auch heute noch nicht pfannenfertig. Was wir aber wissen ist, dass wir dringend jetzt das Ökonomiegebäude brauchen, welches nicht soviel Heizwärme braucht, oder praktisch keine. Und, dass bis zu dem Zeitpunkt, an welchem man dann ein Wohnhaus erstellen müsste, wir die Energiefrage bestimmt geklärt haben. Dort zeigt sich erst, gibt es mehr oder weniger Kosten. Wir werden die kostengünstige Lösung nehmen, damit der Kredit nicht überzogen wird. Jedenfalls nicht über die Massen, die man rechtlich darf.

Also, eine Streichung wäre folglich gegen den Volkswillen und ich bitte sie, das als Parlament heute nicht zu tun. Das wäre ein sehr schlechtes Zeichen gegen eine Urnenabstimmung. Die Kommission hat gut gearbeitet und es braucht nicht eine Kommission zur Kommission. Wir verfallen in eine Kommissionitis, weil wir noch gar nicht genau wissen, was die Kommission überhaupt genau beraten soll. Die Kommission wird sich mit Hypothesen abgeben. Wir können gerne mal eine akademische Übung machen in solchen Projekten, aber nicht hier, denn der Besteller braucht sein Ökonomiegebäude.

Stadtrat Konrad Brühwiler,: Ich setzte dort ein, wo der Stadtmann in der Mitte seines Referats gewesen ist, nämlich, dass wir dringend das Ökonomiegebäude brauchen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass ich einmal auf der anderen Seite war. Ich habe einmal dieses Friedhofgärtnerhaus bekämpft als Referendumsgegner dieses Friedhofhauses. Jetzt habe ich eine andere Position und ich verrete das Personal des Stadthauses. Als Besteller des Ökonomiegebäudes liegt mir vor allem das Personal der Stadt am Herzen.

Wir haben die folgende Situation in diesem Friedhof: Das Personal des Friedhofs hat Bestattungsvorarbeit zu leisten an einem Tag, eine Viertelstunde später müssen sie sich umziehen. die Bestattungsfeier findet statt, wieder umziehen, weil das Grab zugeschaufelt werden muss, Grabarbeiten etc.. Wissen sie, wo sie diese Umziehaktion machen – in der Sakristei der Kapelle. Das sind keine Verhältnisse auf die Dauer. Seit 2007 wird dem Personal ein entsprechender Arbeitsplatz versprochen, sie werden immer wieder vertröstet.

Wenn heute gegen das Ökonomiegebäude entschieden wird, werde ich für das Personal eine Containerlösung oder etwas ähnliches ins Auge fassen müssen. Wenn sie diesen Kredit verweigern, ich betone noch einmal, der Stadtrat hält am Volkswillen fest und das ist auch meine grosse Überzeugung, dass er nur den Volkswillen ausführen will. Wenn wir diesen Kredit, diesen Budgetposten verweigern werden, gehen wir zurück an den Start, wir verlieren Tausende von Franken Planung und es entsteht ein weiterer Zeitverlust von zwei bis drei Jahren.

Ich verstehe natürlich die Gegner, die aus der Gegend des Referendumskomitees kommen, dass sie diesen Standort weiterhin bekämpfen, aber wir haben einen gültigen Volksbeschluss.

Zürcher Claudia, FDP: Zuerst möchte ich einmal festhalten. Es sind nicht alle aus dem Gegnerkomitee, ich gehöre auch dazu und mir ist einiges sehr unverständlich. Ich finde wirklich, diese Kommunikation, die wir erfahren haben, die war einfach daneben. Ich möchte auch noch folgendes sagen: Jetzt kommt Konrad Brühwiler, wie er zu diesen Leuten schauen will, das finde ich wirklich auch gut. Aber wegen diesen Leuten haben wir auch ein Friedhofgärtnerhaus geplant, was jetzt anscheinend nicht mehr nötig ist. Hinzu kommt aber meiner Meinung nach wirklich die Möglichkeit, dass man entweder einen Container aufstellt oder eventuell sogar das Pflegeheim einbeziehen kann und vielleicht dort irgendwelche Umkleidekabinen benützen kann. Für mich ist das kein Grund, jetzt dieses Gebäude auf- oder hinzustellen. Wenn man nämlich zusätzliche Kosten hat, dann müsste man auch anschauen, was es heisst, wenn wir das in zwei Etappen bauen. Ich bin kein Baufachmann, aber wenn wir zweimal diese Maschinen auffahren und zwei Aushübe machen müssen, dann kommt es meiner Meinung nach auch teurer zu stehen. Ich möchte deshalb auch dahingehen und plädieren, dass wir sagen, es ist nicht so, dass wir dieses Gebäude nun im 2012 aufstellen müssen. Vielleicht gehen wir nochmals über die Bücher und es kann auch sein, dass wir das 2013 im Budget lesen.

Bertelmann Bertelmann, FGK: Lieber Konrad Brühwiler, ich verstehe das Problem des Personals, aber dann wäre es ja toll gewesen, wenn man gleich nach der Abstimmung losgelegt, das Gebäude gebaut hätte. Jetzt hat man wieder ein Jahr gewartet, bis man jetzt kurz vor dem Budget damit beginnen möchte.

Zweitens, ich weiss, dass du vorher auch nicht zuständig warst, von daher bist du ein bisschen entschuldigt. Der Stadtrat möchte den Volkswillen umsetzen, dann würde ich das gerne vom Stadtrat einmal klar hören, deutlich, dass sowohl das eine Gebäude, wie das andere Gebäude innerhalb der nächsten zwei Jahren realisiert werden soll. Das höre ich nicht und ich verstehe nicht, dass man nicht

weiss, wie viel das Projekt kosten soll. Das müsste doch eigentlich klar sein, weil das budgetiert und projektiert ist. Aus dem schliesse ich insgesamt, dass wir den Stadtrat nicht zwingen können, den Antrag der FGK auszuführen, also das was wir wünschen, das ist mir klar. Der Stadtrat kann das einfach ignorieren und so weitermachen, oder wir haben schlussendlich nur noch eine Möglichkeit, wir können das Budget auf 0 setzen. Ich bin mittlerweile der Meinung, dass ich mich den Kollegen anschliesse, dass wir das Budget auf 0 setzen, in der Hoffnung, dies als Zeichen zu verstehen, als Zeichen gegenüber dem Stadtrat, dass er nochmals über die Bücher gehen soll.

Riquet Heller, FDP: Ich habe gehört und gelesen, dass das Realisieren des Projektes samt dem Friedhofgärtnerhaus zurzeit klare Kreditüberschreitungen brächte. Heute Abend habe ich gehört, dass man zuwarten kann mit der Realisierung des Hauses, weil eine alternative Beheizung dieses Hauses das ganze Projekt dermassen billiger machen werde irgendwann in der Zukunft, dass der Kredit, wie an der Volksabstimmung genehmigt, wieder eingehalten werden könnte.

Glauben sie das, dass in ein bis zwei Jahren eine dermassen alternative Beheizung des Hauses möglich ist, dass mit der Isolation gespart werden kann und dass die Beheizung dermassen billig ist, dass dann der Kredit wieder eingehalten werden kann. Damit man deshalb mit dem Betriebsgebäude deshalb loslegen kann, in der Hoffnung, dass dereinst das Haus dermassen billig wird? Das glaube ich nicht. Ich meine, wir müssen dem Volk die Gelegenheit geben, dass die ganze Sache nochmals überdacht werden kann. Das ist auch möglich, ich denke an den Fall Kreuzlingen, wo das Volk eine Initiative gutgeheissen hat zur Freihaltung des Schlosses Giersberg. Im Nachhinein hat man realisiert, was das kostet und das Volk hat eine Spitzkehre im Hang gemacht. Ich meine auch, es sei, wenn tatsächlich ein Neustart gemacht wird, indem allenfalls ein Nachtragskredit im Parlament, allenfalls beim Volk abgelehnt wird, völlig neue Grundlagen gegeben sind. Containerlösung vorübergehend, ich meine aber ein Betriebsgebäude im Friedhof, nördlich der jetzigen WC-Anlagen, wäre nicht ganz ungeschickt.

Silke Sutter Heer, FDP: Ich möchte vorab wirklich betonen, dass wir uns nicht aus den ehemaligen Gegnern rekrutiert haben. Wir wurden aufgefordert, relativ kurzfristig eines Morgens im Stadthaus, uns die Zahlen betreffend dieser Mehrkosten anzusehen. Wir haben das gemacht. Es ist auch so, dass die drei Personen, die damals gegangen sind, nicht so leicht zu verwirren sind. Ein paar Zahlen können wir schon noch knapp intellektuell verarbeiten, das schaffen wir, aber wir waren offensichtlich bis zum heutigen Tag komplett falsch informiert, inklusive Öffentlichkeit.

Für mich ist die Gretchenfrage, wo sind denn diese damals angeblich vor ein paar Wochen fundiert abgeklärten Kosten nun wirklich hingekommen? Das wurde auf deutlichste betont, das ist auf den Franken durchgerechnet, man hat uns das begründet auf Rappen und Franken und nun heisst es, irgendwann in der Zukunft wird es doch wieder günstiger werden. Das habe ich gleich verstanden, wie mein Vorredner, Ich möchte auch noch sagen, seit Wochen schlägt sich die FGK mit Lösungen dieses staatsrechtlichen Problems herum, hat Vorschläge gemacht. Heute höre ich zum ersten Mal, dass es nun diese Mehrkosten doch nicht geben soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich wirklich, weshalb ich meine fachliche Kompetenz über Wochen gratis und franko zur Verfügung stelle, wenn man dann schlussendlich, am Abend zur Stunde 0 noch die Gnade hat, mich zu informieren, dass es diese Mehrkosten nun doch nicht geben soll, ohne dies, wie vorher mit sauberen Tabellen auszuweisen, einfach so ohne Grundlage.

Ich bin nicht verwirrt, ich bin aber ganz sicher befremdet über dieses Vorgehen und ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wo nun diese fundierten Mehrkosten hingegangen sind und es geht mir, wie Bernhard Bertelmann. Ich war vorab wirklich für den Antrag der FGK, dass man nun einfach noch einmal diese Zahlen konkret ermittelt und nicht den Budgetposten aus dem Budget streicht, weil ich auch persönlich der Meinung bin, wir haben einen Volksentscheid über diese Kosten, das ist etwas heikel. Nun muss ich sagen, ich kann mich dieser Meinung tatsächlich anschliessen und bin auch dafür, dass wir diesen Budgetposten streichen und so das Zeichen setzen, dass diese Zahlen wirklich konkret auf den Tisch kommen und wir nachher tatsächlich wissen, was die Ausgangslage ist. Wenn es aus dem Budget gestrichen ist und dann sich herausstellt, dass man auf tatsächlich bewilligten und vom Volk abgestimmten Zahlen bauen kann, dann spielt das keine Rolle, denn der

Volksentscheid ist auf dem Tisch. So aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, funktioniert das nicht.

Stadtmann Martin Klöti: ich will nicht sagen, dass wir sie verwirrt hätten. Es war Kollege Stäheli, der gutgemeint alle Zahlen ermittelt hat und zum damaligen Zeitpunkt nicht wusste, nicht wissen konnte, dass wir auch in einem Nahwärmeverbund Energie abholen könnten, zu anderen Konditionen. Ich glaube einfach, sie verbohren sich nun in ein Thema und es steht nicht dafür, dass wir dies hier nun tun. Sie brauchen den Stadtrat nicht abzustoppen. Wir haben einen Kredit, genehmigt an der Urne und wir haben ein Projekt, genehmigt an der Urne. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, dies so umzusetzen.

Wenn wir noch nicht genau wissen mit welcher Energieversorgung das Haus beheizt werden soll und wenn wir zuerst das Dringende machen, nämlich das Bedürfnis des Betreibers, das Ökonomiegebäude, dann ist es auch erlaubt, eine solche Baute in zwei Etappen zu vollziehen. Das ist überhaupt nicht aus der Welt, dass man das nicht dürfte. Ich verstehe die Aufregung nicht, lassen sie den Stadtrat arbeiten. Sie haben in der Kommission gute Arbeit geleistet, an der Urne abgestimmt, nun haben wir es ins Budget genommen und durch eine, möglicherweise übersensible Kommunikation, sind sie nun irritiert und glauben, sie müssten uns helfen.

Sie brauchen uns hier nicht zu helfen. Nehmen sie den Betrag ins Budget und lassen sie den Stadtrat umsetzen, was er muss.

Max Gimmel, FDP: ich glaube nicht, dass wir den Betrag ins Budget nehmen. Die Lage hat sich nicht wegen der Fernwärme geändert, sondern das System Friedhof hat sich geändert und dem muss man einmal Rechnung tragen, nicht dem Geld, das verwendet wird.

Heute ist es offenbar einfach nicht mehr notwendig, dass eine Wohnung zu einem Ökonomiegebäude dazugehört. Ich finde es sinnvoll, wenn man diese Notwendigkeit nicht mehr hat. Wenn man nochmals über die Bücher geht und eine bessere Lösung sucht mit einem teilweisen Landverkauf vielleicht, der dann einen Erlös bringen könnte für ein Ökonomiegebäude, das vielleicht dann auch nicht an dem Ort steht, wo es heute geplant ist.

Für mich als Kommissionsmitglied damals ist es sehr wesentlich, ob Ökonomiegebäude und Wohnhaus zusammen realisiert werden müssen, weil es ein Wohnhaus braucht oder nicht. Heute weiss ich, es braucht das Wohnhaus nicht und deshalb kann man nochmals über die Bücher gehen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wenn keine weiteren Voten mehr sind, werde ich abstimmen lassen über die Position 1740.3.503.1 Neubau Friedhofgärtnerhaus, Rebenstrasse 70, Kredit von Fr. 800'000.-- und die Position 1740.5.501 Planungs- und Baukosten Fr. 60'000.--, ob sie das drin lassen wollen oder streichen lassen wollen.

Wir haben zwei Anträge. Der eine Antrag ist verschieben auf 2013 und Antrag zur Bildung einer neuen Kommission. Der andere Antrag ist, dass das Projekt neu aufgelegt wird, aber auch mit dem Hintergrund zu streichen.

Stadtrat Reto Stäheli: Wie ich jetzt vernommen habe, möchte das Parlament die Budgetposition 1740.3.503.1, wie auch die Position 1740.5.501 rausstreichen?

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich habe das aufgerufen so, ist das falsch?

Stadtrat Reto Stäheli: Das ist falsch. Die Fr. 60'000.-- brauchen wir. Diese sind für innerhalb vom Friedhof, damit wir die Leitungen neu verlegen können. Die ist unabhängig von der Position 1740.3.503.1.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Dann lasse ich abstimmen über die Streichung der Position 1740.3.503.1 Friedhofgärtnerhaus, Rebenstrasse 70, Projekt und Baukosten.

://: Der Antrag die Position 1740.3.503.1 aus dem Budget 2012 zu streichen, wird mit 24 zu 3 bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Die Streichung, das möchte ich noch von meiner Seite her sagen, betrifft das Budget 2012. Das hindert den Stadtrat nicht daran, dass er für 2013 allenfalls über die Bücher gehen kann. Ich glaube, das ist im Sinne des ganzen Parlaments, um uns nachher die Kostenwahrheit zu präsentieren im Budget 2013 allenfalls.

Position 1750 bis 1790

keine Bemerkungen

Somit haben wir die Detailberatung geschlossen, sind Rückkommensanträge?

Stadtmann Martin Klöti: Es ist kein Rückkommensantrag, ich möchte nur klarstellen. Wenn wir die Kosten haben, werden wir bauen, ob dieser Betrag im Budget steht oder nicht, denn wir haben einen Urnenbeschluss. Es heisst also nicht, dass wir alles hinlegen und nichts tun. Wenn wir eine verbindliche Kostenwahrheit haben, das in diesem Rahmen, was die Urne uns freigegeben hat, werden wir bauen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich danke dem Stadtmann für die Belehrung des Parlaments. Es wäre aber sehr wünschenswert und von allen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehr begrüsst, wenn uns vorher mitgeteilt würde, wie viel die Kosten sind und ob es tatsächlich keinen Nachtragskredit braucht. Das wäre wahrscheinlich sehr wünschenswert.

Wenn kein Rückkommensantrag ist, schliesse ich diese Diskussion und bis die überarbeiteten Zahlen vorliegen, schlage ich eine 15-minütige Pause vor. Die Sitzung ist bis 21.45 Uhr unterbrochen. Der Samichlaus hat mir berichtet, dass er für die fleissigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier und für die Gäste im Foyer etwas dagelassen hat.

Pause

Fortsetzung der Sitzung um 21.45 Uhr

Präsidentin Elisabeth Tobler: Sie haben die Zahlen vor sich liegen: Stand der Laufenden Rechnung nach den Korrekturen, wäre das verabschiedete Defizit nach Parlament Fr. 687'100.--.

Stand der Investitionsrechnung nach den Korrekturen Fr. 13'784'000.--.

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung der stadträtlichen Anträge, welche von der FGK einstimmig unterstützt werden.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2012 sei bei 76 Prozent zu belassen.

://: Der Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, wird einstimmig angenommen

2. Genehmigung des Voranschlags 2012 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr. 687'100.--.

://: Der Antrag wird mit 23 zu 1 Stimme und 5 Enthaltungen angenommen.

3. Genehmigung des Investitionsplans 2012 mit Nettoinvestitionen von Fr. 13'784'000.--.

://: Der Antrag wird mit 24 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen angenommen.

Voranschläge mit Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 11. März 2012 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

4. Botschaft „Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung- Tiefbauarbeiten im Jahr 2012 zum Betrag von Fr. 485'000.-- (Anteil Stadt)“

Antrag Büro auf Bildung einer 5-er Kommission

Das Büro beantragt ihnen die Bildung einer 5-er Kommission. Die Fraktionspräsidenten haben folgende Vorschläge eingereicht:

- Abegglen Inge, SP-Gewerkschaften-Juso
- Bachofen Werner SVP
- Hug Kaspar, CVP/EVP
- Keller Werner, FDP
- Telatin Fabio, SP-Gewerkschaften-Juso

Gemäss Art. 57 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements werden Mitglieder und Präsidien von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden.

Ich lasse zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

://: Die vorgeschlagene Kommission betreffend „Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung - Tiefbauarbeiten im Jahr 2012“ wird einstimmig bei teils eigener Enthaltung gewählt.

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums.

Kaspar Hug, CVP/EVP hat sich für das Präsidium zur Verfügung gestellt.

://: Kaspar Hug, CVP/EVP wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Präsident für die Kommission, Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung - Tiefbauarbeiten im Jahr 2012 gewählt.

Ich danke Kaspar Hug für die Übernahme des Präsidiums und wünsche dir viel Erfolg.

5. Botschaft „Abfallreglement – Einführung einer Grundgebühr / Änderung von Art. 21 und 28“

Antrag Büro auf Bildung einer 5-er Kommission

Das Büro beantragt ihnen die Bildung einer 5-er Kommission. Die Fraktionspräsidenten haben folgende Vorschläge eingereicht:

- Bertelmann Bernhard, SP-Gewerkschaften-Juso
- Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
- Schmid Luzi, CVP/EVP
- Vonlanthen Andrea, SVP
- Zürcher, Claudia, FDP

Ich lasse wiederum zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

Die Kommission betreffend „Abfallreglement – Einführung einer Grundgebühr / Änderung von Art. 21 und 28“ ist einstimmig bei eigener Enthaltung gewählt

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums.

Andrea Vonlanthen, SVP hat sich für das Präsidium zur Verfügung gestellt.

://: Andrea Vonlanthen, SVP wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Präsident für die Kommission gewählt.

Danke Andrea Vonlanthen für die Übernahme des Präsidiums und ich wünsche der Kommission viel Erfolg.

6. Botschaft „Skatepark“

Das Büro beantragt ihnen die Bildung einer 5-er Kommission. Die Fraktionspräsidenten haben folgende Vorschläge eingereicht:

- Auer Jakob, SP-Gewerkschaften-Juso
- Graf Lukas, SP-Gewerkschaften-Juso
- Schuhwerk Christine, FDP
- Strauss Monika, SVP
- Wenk Rosmarie, CVP/EVP

Ich lasse wiederum zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

Die Kommission betreffend „Skatepark“ ist einstimmig bei eigener Enthaltung gewählt.

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums. Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso hat sich zur Verfügung gestellt.

://: Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Präsident für die Kommission „Skatepark“ gewählt.

Besten Dank für die Übernahme des Präsidiums. Auch dieser Kommission wünsche ich viel Erfolg.

7. Fragerunde

Präsidentin Elisabeth Tobler: Es liegen zwei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Roman Buff, CVP/EVP betreffend „Fischereiverbot“. Gleiche Fragestellung von Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso und Roland Schöni, SVP.

Roman Buff, CVP/EVP: Meine Fragen zum Fischereiverbot.

1. Was für gesetzliche und andere Grundlagen veranlassten den Stadtrat, das Fischereiverbot in Arbon zu erheben und warum gerade zu diesem Zeitpunkt?
2. Warum wurde der Fischer-Verein Arbon in Bezug auf das publizierte Fischereiverbot nicht vorher einbezogen bzw. nicht vorher begrüsst?

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich werde mich nun ganz kurz halten und alles kürzen, vielleicht noch eine Frage anfügen.

- Wird der Stadtrat Kontakt mit den betroffenen Kreisen suchen, um die Verordnung zu revidieren?

Es ist ein wichtiges Anliegen und auch ein Zeichen, dass fast alle Parteien hier vorne stehen.

Roland Schöni, SVP: Ich schlage in die gleiche Bresche und frage daher in Bezug mit dem Fischereiverbot, wie es mit der Kommunikation geklappt hat. Ist es tatsächlich so, dass mit den betroffenen Kreisen, namentlich mit dem Fischerverein nicht gesprochen wurde?

- Unser Anliegen geht dahin, ob es nicht möglich ist, bzw. ob der Stadtrat bereit ist, sich mit den betroffenen Personen nochmals an einen Tisch zu setzen und nach einer Lösung zu suchen?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Vielen Dank für die gestellten Fragen zum Fischereiverbot. Der Stadtrat macht keinen Hehl daraus, dass diese Fragen allesamt berechtigt sind. Für einmal hat der Stadtrat einen riesigen Fisch herausgezogen. Kommunikation und Koordination haben im Stadtrat nicht funktioniert. Die Ressortverantwortlichen haben da offensichtlich im Trüben gefischt. Im Namen des Stadtrates möchte ich mich für den aufgewirbelten Schlick und Schlamm entschuldigen.

Erlauben sie mir eine kurze Replik. Das Amt für Umwelt hat bereits mit der Hafensanierung entschieden, dass auf der gesamten Steganlage ein Fischereiverbot gelten und mittels Tafeln signalisiert werden soll.

Der Grund für das Fischfangverbot im Hafen, ist auch im Hafenreglement verankert, sind Konflikte zwischen den Anspruchsberechtigten der verschiedenen Freizeiteinrichtungen und Schäden an Booten oder deren Abdeckungen.

In der Kastanienbaumallee sind es einerseits Interessenkonflikte mit Spazierenden, Radfahrenden und Anwohnenden, die sich über Nachtruhestörungen beklagten. Andererseits haben sie heute Abend in der Investitionsrechnung unter Position 1750.8.501 Fr. 120'000.-- gesprochen für ökologische Ausgleichsmassnahmen in der Arboner Bucht. Im konkreten Fall soll eine Vogelinsel erstellt werden. Auch das eine Auflage aus dem Projekt neuer Hafen als Ausgleichsmassnahme. Mit dem Erstellen dieser Vogelinsel wird das Seebecken vor der Kastanienallee infolge Betretungsverbot (Naturschutzzone) so oder so mit einem indirekten Fischereiverbot belegt werden.

Die Jagd- und Fischereiverwaltung hat übrigens auf ihrer Webseite das Fischereiverbot im Hafen Arbon mit einer Karte veranschaulicht und zudem auch die Naturschutzgebiete im Seemoosriet und der Seewiese festgelegt.

Leider hat, wie gesagt, die nötige Kommunikation nicht überzeugt und nicht funktioniert. In der Hafenkommission mit Seglern, Böttler, SLRG, Fischern etc. wurde unter der Leitung des Stadtrates die Situation rund um den Schlosshafen analysiert, aber eben nur rund um den Schlosshafen. Bei dieser Zusammenkunft konnte dem dringenden Wunsch der Fischer für die Erlaubnis, auf der Mole seeseitig bis zu einer bestimmten Markierung fischen zu dürfen, entsprochen werden. Leider wurde dann aber die Signalisation unvollständig und unklar angebracht.

Die Mole des alten Hafens und die Kastanienbaumallee waren offensichtlich also nie Gegenstand eines informellen Gesprächs zwischen Fischerverein und Stadtrat.

Die hat der Stadtrat am letzten Mittwoch nachgeholt. Ein Schreiben von Dominik Nöckl, Präsident des Fischereivereins Arbon, veranlasste uns, zusammenzusitzen.

Es hat sich in vielerlei Hinsicht gelohnt. Vorgehensweisen konnten geklärt werden, Missverständnisse ausgeräumt, schlecht oder nicht kommunizierte Argumente ausgetauscht werden.

Der Stadtrat unterstützt die sinnvolle und wertvolle Freizeitbeschäftigung von jungen und junggebliebenen Fischern. Deshalb suchten wir zusammen mit Dominik Nöckl nach annehmbaren Lösungen. Diese Lösungen sehen wie folgt aus und sind gestern Nachmittag anlässlich der Stadtratssitzung absegnet worden:

1. Die Erlaubnis, auf der alten Hafenmole seeseitig bis zu einer bestimmten Markierung fischen zu dürfen, wird analog dem neuen Schlosshafen erweitert oder ausgedehnt. Die Markierung geht jeweils soweit, dass die Hafeneinfahrt nicht beeinträchtigt wird von den Fischerangeln und -ruten.
2. Die beim Steg des Hotels Metropol stehende undeutliche Verbotstafel wird an den Anfang und Schluss der Kastanienallee versetzt. Somit stehen für Jungfischer und Hobbyfischer zwischen Kastanienbaumallee und altem Hafen rund 100 m mehr Seeufer zur Verfügung.
3. Die undeutlichen Beschriftungen der Verbotstafeln wurden zum Teil schon oder werden noch präzisiert.
4. Im Bereich der Jungfischerei werden zusammen mit dem Fischerverein weitere Massnahmen geprüft.

Vorbehalten bleibt dabei die Genehmigung durch die Jagd- und Fischereiverwaltung, das Amt für Umwelt und dem Departement für Justiz und Sicherheit.

Für einmal ist der Stadtrat den falschen, beschwerlichen Weg gegangen. Ich hoffe, der St. Nikolaus versieht uns deswegen mit einer Rute, mit einer Angelrute. Ich für mich habe noch keine. Petri Heil!

Präsidentin Elisabeth Tobler: Eine zweite Frage wurde von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend "Flachdachsanieierung" eingereicht.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Wie ich dem Budget 2012 entnehme, sind Flachdachsanieierungen beim Seeparksaal, im Strandbad, beim Restaurant Strandbad und bei der Rondelle vorgesehen.

Nun bin ich der Meinung, dass die Gelegenheit genutzt werden müsste, um alternative Energiegewinnungsanlagen auf den Dächern zu installieren, sei es zur Warmwasser- oder Stromgewinnung.

Wurden solche Möglichkeiten abgeklärt?

Wenn ja, was wurde abgeklärt und zu welcher Erkenntnis kam man?

Wenn nein, wäre man bereit, konkrete Massnahmen in diese Richtung zu unternehmen?

Stadtrat Reto Stäheli, CVP: Die Frage kann ich wie folgt beantworten: Es sind keine umfassenden Flachdachsanieierungen geplant. Die Beträge pro Objekt in der Grösse von +/- Fr. 5'000.-- sind für Reinigung, Unterhalt und kleinere Reparaturen vorgesehen. Darum wurde die Möglichkeit von Energiegewinnungsanlagen nicht geprüft.

Bei einer ganzen Dachsanieierung wird der Aspekt der Energiegewinnung sicher geprüft werden. Das machen wir sowieso im Zusammenhang Energiestadt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir kommen zu Traktandum 8.

8. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Hinten liegt unser Legislaturprogramm auf, welches wir gestern den Medien und den Parlamentarierinnen und Parlamentarier präsentiert haben. Sie sind eingeladen, diese kleine Broschüre mitzunehmen, Titel „im Aufwind“.

Des Weiteren informiere ich Sie, dass am 14. 12. 2011, am Tag der Bundesratswahl, zwischen 8.00 und 12.00 Uhr das Haus Breitehof verschoben werden soll. Sie sind eingeladen, diesen doch recht spektakulären Akt mitzuverfolgen.

Drittens wurde heute kommuniziert, dass das Hotel Metropol ab dem 1. April für sicher zwei Jahre wieder geöffnet werden soll. Es handelt sich um eine Zwischennutzung, nämlich in der Zeit auf diesem Areal geplant wird, sollte auch weiter bewirtschaftet werden. Es war eine Forderung des Stadtrats, welcher die Generalunternehmung HRS nachgekommen ist.

Ein ähnlicher Fall ist auch die Baute ehemals Ottos, in welcher zum Beispiel jetzt Ochsnersport ist und Tally weijl installiert haben.

Des Weiteren informiere ich sie, dass ich nun in eine Wahlkampfphase trete für die Regierungsratswahlen im Kanton St. Gallen. Dass ich mich zeitlich organisiert habe, indem ich einige Urlaubstage in die Wochen eingeplant habe, dass aber selbstverständlich die Vertretung durch Vizestadtammann Patrick Hug gewährleistet ist für solche Fälle. Ich werde keine Ressourcen der Stadt brauchen. Ich habe eine Agentur in St. Gallen und werde Leute einstellen, die mir die Arbeiten abnehmen werden. Ich bin zuversichtlich, dass das zu schaffen ist und werde gerne in diesen

Wahlkampf gehen, weil ich weiss, dass er auch sehr absehbar ist. Der Wahlkampf in der eigentlich intensiven Phase wird so ab dem 6. Januar bis 11. März laufen, 2 Monate.

Das wäre es aus dem Stadtrat. Ich wünsche ihnen noch einen schönen Nikolausabend. Hoffe, dass wir noch etwas Zeit finden, draussen entspannt zu diskutieren und wünsche ihnen dann eine gute Nacht.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Dann möchte ich noch unter Verschiedenem mitteilen, dass die Interpellation mit dem Titel „Auswirkungen der Ortszulage für das städtische Personal“ von Andrea Vonlanthen, SVP-Fraktion und 11 Mitunterzeichnenden eingereicht wurde. Sie wird nun an den Stadtrat weitergeleitet zur Beantwortung.

Max Gimmel, FDP: Erlauben Sie mir eine Mitteilung in eigener Sache. Ich muss sie heute darüber informieren, dass ich aus diesem Parlament austreten werde und erkläre ihnen hiermit meinen Rücktritt. Das wirtschaftliche Umfeld hat sich in den letzten 12 Monaten dermassen verändert, dass es die volle Konzentration auf das Familienunternehmen, dem ich vorstehe, erfordert. Über 80 Prozent unserer Leder, die wir produzieren, werden ins Ausland verkauft und stehen, selbstredend, unter einem enormen Kostendruck. Noch nie wurden Schweizer Produkte gegenüber den Haupthandelspartnern in so kurzer Zeit so stark verteuert. Und der weise Rat vieler Wirtschaftsexperten, bis hin nach Bundesbern, man solle im Ausland versuchen einzukaufen oder Lohnarbeit zu holen, ist ein Affront all denjenigen gegenüber, die jeden morgen hier zur Arbeit fahren und an einer Werkbank stehen. Die Schweiz lebt nicht nur von Dienstleistungen allein, sie lebt von einem gesunden Mix. Und dieser Mix ist am Zerfallen. Es war mir nur dank einem sehr ruhigen Parlamentsjahr möglich, den Rücktritt so lange hinauszuschieben. Deshalb möchte ich mich vor allem bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen sehr herzlich bedanken, dass sie mich in den letzten Monaten massiv entlastet und bestmöglich abgeschirmt haben. Nun tritt aber die Parlamentstätigkeit wieder in eine aktive Phase ein, in der über zahlreiche Kommissionen wichtige Geschäfte behandelt werden müssen. Eine reduzierte Mitarbeit reicht nicht mehr aus und kann schon gar nicht der Fraktion zugemutet werden.

Wir sind deshalb froh, dass wir innerhalb der FDP-Fraktion die Nachfolge sehr gut regeln konnten. Nach dem Verzicht von Konradin Fischer, der aufgrund des Wahlergebnisses erster Nachfolger wäre, hat sich Cyrill Stadler bereit erklärt, die Nachfolge anzutreten.

Die vergangenen 8 ½ Jahre im Stadtparlament Arbon waren für mich eine ausserordentlich interessante und schöne Tätigkeit, zwar unter dem Titel Politik, in der Sache aber themenbezogen und lösungsorientiert. Die Arbeit hat mir deutlich gezeigt, dass man in der Politik sehr wohl den Fokus auf das Vernünftige, das Machbare, aber auch auf das Notwendige richten kann, weit mehr, als es von aussen wahrgenommen wird. Politik wird nicht allein von den Politikern gemacht, sondern von denen, die von aussen in die Arena hinein brüllen. Sachgeschäfte können aber nur beurteilt werden, wenn man sich vom Gebrüll nicht beirren lässt. So ist es mir ein grosses Anliegen, dass auch in Zukunft sachbezogen für unsere Stadt gearbeitet, und mit Augenmass der Prozess in Arbon weiter geführt wird, der jetzt gut in Fahrt gekommen ist. Damit wünsche ich ihnen allen weiterhin viel Erfolg, und auch ein bisschen Genugtuung für die wichtige Arbeit, die sie für das Gemeinwohl machen und ich bedanke mich bei allen Beteiligten der letzten 8 ½ Jahre für die schöne Zusammenarbeit.

Ich bitte nun die Präsidentin, die Sitzung definitiv zu schliessen.

Silke Sutter Heer, FDP: Ich glaube, so einfach geht das nicht mit dem Schliessen der Sitzung. Ich darf auch noch ein paar Worte dazu sagen.

Mit Max Gimmel geht in der FDP-Fraktion ein Mann der ersten Stunde, das ist bedauerlich. Noch bedauerlicher, mit Max Gimmel geht eine ruhige, sachliche Stimme und verlässt dieses Parlament. Er verstand es immer, vor allem wenn die Emotionen hoch gingen, uns wieder zurück auf die Seite der Sachebene zu führen. Er war ein sehr kollegiales Mitglied und war vor allem auch ein Vertreter der Wirtschaft und der Arbeitgeber aus Arbon, für uns ein sehr wichtiger Vertreter. Die FDP-Fraktion verliert nicht nur ihren Fraktionspräsidenten, sondern auch ihr Gastrecht für ihre Sitzungen in der Gerberei Gimmel, zu der wir alle in den letzten 8 ½ Jahre eine tiefe Beziehung entwickelt haben.

Wenn es auch manchmal etwas Überzeugungskraft brauchte, dass die Däfte dort auch wirklich Däfte sind und nicht wie ich manchmal geschimpft habe, doch nicht so sehr duftete.

Wir verlieren aber auch ein sehr wertvolles Mitglied, das engagiert, sachlich und immer mit einer Prise Humor mit uns mitpolitisiert hat und uns auch angeführt hat. Wir danken dir, Max Gimmel, für dein Engagement und deine Unterstützung in all diesen Jahren.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Dann möchte ich dir im Namen des Parlamentes, du hast es gehört Max Gimmel, auch einen herzlichen Dank aussprechen. Wir haben deine konstruktive Art sehr geschätzt, obwohl sie nicht immer unsere Meinung der SVP war. Aber ich als Parlamentspräsidentin denke, du hast diesem Parlament einen grossen Dienst erwiesen mit deinem Fachwissen.

Ich wünsche dir, dass es dir im geschäftlichen Leben, im persönlichen Leben gut geht. Im geschäftlichen Leben bist du nicht so sehr auf die Geschäfte in der Region hier direkt angewiesen, aber meine Einleitung, denke ich, hat dir sehr aus dem Herzen gesprochen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien Wir sind nun nach einer sehr intensiven aber auch interessanten Sitzung am Ende dieser angekommen. Ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse an unserer Ortspolitik.

Es liegen noch Flyer der Bibliothekslesung auf, die neu am 16.12 im Schloss stattfindet. Der Bibliotheksabend, zu dem ich sie aufgerufen habe, wird mangels Anmeldungen in den Januar verschoben. Eine neue Einladung folgt.

Es wäre schön, wenn wir aus Anlass des Klautages uns im Foyer zu einem guten Gedankenaustausch mit Nüssli, Mandarinen und Schoggi und einem guten Glas Wein zusammensetzen würden. Unsere Parlamentssekretärin Evelyne Jung hat dazu die nötigen Kontakte zum Samichlaus geknüpft. Ich kann sie beruhigen, Fitzen liegen keine auf, obwohl sie, ich bin mir manchmal nicht sicher, nötig wären. Ich wünsche allen eine frohe Weihnachtszeit und zufriedene Stunden im Kreise der Angehörigen und Freunde. Uns allen wünsche ich auch einen guten Übergang in 2012. Bleiben sie gesund, kommen sie gesund an die nächste Parlamentssitzung.

Wir treffen uns zur 5. Parlamentssitzung am 17. Januar 2012 um 19.00 Uhr.

Ich erkläre hiermit die 4. Parlamentssitzung als geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin:

Elisabeth Tobler

Evelyne Jung